Nr. 14 / Einzelpreis 10 Pfennig **Heute Sportbeilage.** Halle (Saale), den 18. Januar 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen; Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,90 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile b. Millimeter — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4665. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Dichter und Denker oder Fürstenknechte und Kaiserlakaien?

Das Schicksal eines deutschen Dichterkindes.

Volk entscheide dich!

÷ Halle (Saale), 18. Januar.

Mit dem Wort „Das Volk der Dichter und Denker" (womit die deutsche Nation gemeint ist) hat man bis auf den heutigen Tag einen Unfug getrieben, dessen ganzen Umfang man erst dann richtig ermessen kann, wenn man bedenkt, daß die Deutschen im allgemeinen ihre Denker nicht verstehen und ihre Dichter verhungern lassen. Desto mehr Verständnis für das seelische und leibliche Wohl bringen die Deutschen für ihre abgetakelten Fürsten auf. Es ist rührend, in den Rechtsblättern die Sorge um die Not arbeitsloser Millionäre zu lesen. Hin und wieder kommt es einmal vor, daß auch innerhalb der schwarz-weißroten Gesellschaft Bedenken über die Höhe der Fürstenforderungen entstehen. Wenn, wie beispielsweise in Thüringen, die Frage auftaucht: Fürstenbefriedigung oder Staatsbankerott, dann findet ein leiser Zweifel an der Gottähnlichkeit gewesener Potentaten in den Vorhof deutschtümlicher Sentimentalität Einzug und man beschließt, vorerst im Allerheiligsten, daß der geliebte Fürst natürlich nicht mehr bekommen darf als der Staatshaushalt hergibt. Die Dinge liegen so, daß bei einer eventuell stattfindenden Volksabstimmung die Initiativparteien nicht ohne Rücksichtnahme auf die Knechtseligkeit der weitverbreiteten Monarchistenseelen arbeiten können, wenn sie den in der Propaganda vorweg genommenen Erfolg der Abstimmung nicht in sein Gegenteil verkehren wollen. Wir wünschen dem deutschen Volk, daß das Ergebnis zukünftiger Entscheidungen in der Fürstenabfindungsfrage die Kulturwelt nicht veranlaßt, der deutschen Nation den Namen der „Dichter und Denker" zu nehmen und ihm dafür das Prädikat der „Fürstenknechte und Kaiserlakaien" zu geben.

Mit derselben Inbrunst, mit der sich die deutsche Kleinbürgerseele in die erbarmungswürdigen „Nöte" der deutschen Fürsten hineinkniet, mit derselben Brutalität kann sie dem Elend der Geistesfürsten und ihrer Söhne und Nachkommen zusehen. Der deutsche Michel wird gemeinhin immer erst sentimental, wenn sein Opfer ein halbes Jahrhundert unter der Erde liegt. Er hat seine Genies zu Lebzeiten nach allen Regeln der Fußballkunst mit Tritten traktiert und hat sich den Teufel um das verzweifelte Ende eines Heinrich Kleist gekümmert. Er hat Schubert gesungen, gepfiffen, ohne auch nur eine Träne um sein trauriges Ende zu vergießen. Er hat Beethoven angeglotzt und seine Lebenstragödie für unterhaltend befunden. Währenddem hat er nach Kräften katzbuckelnd um seine Potentaten herumschwänzelt, nach Allgemeinen Ehrenzeichen, Hausorden, Roten Adlerorden 4. Klasse (fünfter und sechster gab's nicht) gejiepert und sich auf die Rolle des Lakaien, die er heute in posthumer Würdigung der Verdienste seiner ehemaligen Landesherren spielt, vorbereitet. Bei dieser Tätigkeit hat er natürlich auch einen Dichter vergessen, der in den Tagen des Vormärz für ihn mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Herzens kämpfte und schrieb, der schließlich für ihn ins Exil mußte, der 1870 den Sieg der deutschen Waffen feierte, weil er ihn als den Beginn wahrhafter nationaler Freiheit betrachtete, und der schließlich einsam und vergrämt starb, weil er mit ansehen mußte, daß das neue Kleindeutschland kein Kampfboden für freie Geister geworden war. Dieser Dichter heißt Ferdinand Freiligrath. Um seine Not braucht das glühende deutsche Patriotenherz seine Sorge mehr zu haben. Aber einer seiner Söhne, Wolfgang Freiligrath, lebt heute noch als 79jähriger Landarbeiter im Dorfe Külz im Hunsrück in kümmerlichsten Verhältnissen und von der Gnade einer armen Landarbeiterfamilie, mit der er gemeinsam das Brot bricht.

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts", hat das Verdienst, auf ihn, den Sohn eines der größten deutschen Dichter, in diesen Tagen aufmerksam gemacht zu haben. Die deutsche Republik hat sich um Wolfgang Freiligrath bisher nicht gekümmert. Sie hat ihm vor kurzem sogar noch die letzten 15 Mark Kleinrentnerfürsorge mit oder ohne ihr Wissen durch untergeordnete Behörden entziehen lassen. Denn Wolfgang Freiligrath ist der republikanische Sohn seines republikanischen Vaters, er ist der Sohn des gewaltigsten Anklägers gegen Fürstenwillkür und Fürstenmacht. Er ist ein nach vielen Irrfahrten jenseits und diesseits des Ozeans in den Hafen stiller Weltabgeschiedenheit Heimgekehrter, der nur von dem Glück zehrt, der Sohn seines Vaters zu sein. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie rüttelt die deutsche Oeffentlichkeit mit der Frage auf: „Hat die Republik für Könige Millionen, läßt sie den Sohn ihres großen Dichters verhungern?"

Wir wollen sehen, welche Antwort die deutsche Republik darauf zu geben hat. Wir wollen sehen, welches Echo diese Fragen im deutschen Volk auslösen werden. Dem „Volk der Dichter und Denker". Wir wollen sehen, wie die deutschen Behörden, wie die deutsche Reichsregierung, wie die Landesregierungen darauf antworten werden. Wir wollen sehen, wie die deutsche Bourgeoisie reagiert, diese Bourgeoisie, um deren Emanzipation von Fürstenwillkür einst Ferdinand Freiligrath bis zu seiner Expatriierung gekämpft hat und die heute gewillt ist, Hunderte von Millionen den ausgekniffenen Fürsten hinterherzuwerfen. Wir wollen sehen, wieviel tausend Mark dieselbe Bourgeoisie für den hungernden Sohn eines ihrer größten Dichter übrig hat. Wir wollen sehen ...!

Hier muß es sich entscheiden, ob Nation der „Dichter und Denker" oder Nation der „Fürstenknechte und Kaiserlakaien". Die Entscheidung fällt um das Gesicht eines 62-Millionen-Volkes. Sie möge fallen!

Vorbereitung für den Volksentscheid.

Beschluß und Vorschlag des sozialdemokratischen Parteivorstandes über die Fürstenabfindung.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschloß am Sonnabend, dem am Dienstag zusammentretenden Parteiausschuß vorzuschlagen, **die organisatorische Vorbereitung für einen Volksentscheid über die Fürstenabfindungen zu treffen.**

•

Dieser Beschluß wurde in der berechtigten Annahme gefaßt, **daß sich die Mehrheit des Reichstags gegen den Willen des Volkes zu einer zufriedenstellenden Lösung in der Frage der Fürstenabfindung nicht aufraffen wird.** Der Wortlaut des Gesetzentwurfes, der dem Volksentscheid zugrunde liegt, muß natürlich mit äußerster Vorsicht fertiggestellt werden. Hier muß der Gedanke leitend sein, möglichst viel Stimmen auf ihn zu vereinigen. Dieser Grundsatz hat in dem Entwurf der verschiedenen kommunistischen Organisationen, der jetzt der Oeffentlichkeit übergeben worden ist, keine Anwendung gefunden. In ihm ist das kommunistische Bedürfnis nach maßloser Agitation ohne Berücksichtigung des Gesamterfolges maßgebend. Die Sozialdemokratie wird schon deshalb das Anerbieten der KPD., sich ihrer Aktion anzuschließen, ablehnen. Im übrigen aber würde sich die Partei niemals ihre Handlungsweise von den Kommunisten vorschreiben lassen.

Deutscher Landesvater.

Braunschweig, 17. Januar. (Eig. Bericht.)

In der Galerie der fürstlichen Raffles ist der welfische Erzherzog von Braunschweig eine ganz besondere Nummer. Seinen ansehnlichen Raub im Ländchen Braunschweig hat er in Sicherheit. In Preußen ist er vorläufig mit Aufwertungsforderungen abgeblitzt. Jetzt hat er als Besitzer einer sehr kostbaren Gemäldegalerie begonnen, einen Teil zu versilbern. U. a. hat er 178 Bilder an den Provinzialverband Hannover verkauft zu einem Gesamtpreis von 910 125 Mk. Bezeichnend ist folgende Stelle aus dem abgeschlossenen Kaufvertrag:

„Die Zahlung wird in englischen Pfund zum Mittelkurse der Berliner Börse an dem der Zahlung vorhergehenden Werktage an das Bankhaus Coutts and Co. in London wegen der obersten Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg zugunsten der N. V. Handelsmaatschappij Pollux in Amsterdam geleistet."

Der Exfürst läßt also sich nicht in deutschem, sondern in englischen Gelde bezahlten und legt es nicht im „geliebten Vaterlande", sondern im Ausland an. Als Mitglied der Cumberland-Familie hat er wieder sein Herz für England entdeckt, für das England, das während des Krieges auf Wunsch aller Patrioten von Gott gestraft werden sollte. Es sind doch edle Patrioten, unsere modernen Raubritter.

Poincare in Wahrung berechtigter Interessen.

Paris, 18. Januar. (Radiomeldung.)

Poincaré, der neuerdings wieder stärker hervortritt, hat am Sonntag auf einer Feier des Verbandes ehemaliger Angehöriger der Rhein- und Ruhrarmee eine seiner berühmten Sonntagsreden gehalten und sich dabei mit großer Entschiedenheit dagegen verwahrt, daß der Einmarsch in das Ruhrgebiet als ein politisches Abenteuer bezeichnet wird. Er versuchte vielmehr den Nachweis zu führen, daß die französische Regierung im Jahre 1923 nur in Wahrung berechtigter Interessen und auf Grund des Friedensvertrags gehandelt habe.

Sowjetrussische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

IV. Binnenhandel und Privatkapital.

Von Professor M. Abramovitsch (Prag).

Drittens wußte das bedrängte Privatkapital den ihm versagten legalen Weg zum Großhandel durch illegale Wege und Umwege zu ersetzen. Die Unzulänglichkeit des staatlichen genossenschaftlichen Großhandelsapparates machte die tatsächliche Beteiligung des Privatkapitals nach wie vor zur Notwendigkeit. Die Umwege verteuerten die Ware für den Privathändler und verursachten ein stetes Zunehmen des Abstandes zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen und somit eine enorme Verteuerung der Waren für den unmittelbaren Verbraucher. Seinem Exposé an die Staatsplankommission erklärte auch der Volkskommissar für Binnenhandel seinerzeit: „Es ist notwendig, derartige Bedingungen für den Warenablaß an private Grossisten zu gewähren, welche letzteren eine legale Beteiligung am Warenabsatz ermöglichen würden. Nur so können die Preisaufschläge beseitigt werden, die der Privathandel bisher machen mußte, um die mit dem illegalen Warenbezug verknüpften Mehrausgaben zu decken." („Ekt. Schisn" Nr. 1 vom 24. Januar 1925.) — Daß die eigentliche Ursache des großen Preisabstandes nicht an der Beteiligung des Privatkapitals im Großhandel selbst lag, und daß dieser Abstand und die durch ihn bedingte Teuerung auch nach der Verdrängung des privaten Großhandels sich nach wie vor behauptete und heute noch als Problem auf der Tagesordnung steht, bekundet der Leitartikel der „Prawda" (Zentralorgan der Russischen kommunistischen Partei) Nr. 249 vom 30. Oktober 1925. Dieser Artikel führt die Ueberschrift: „Das Problem des Tages. — Der Kampf um die Herabsetzung der Kleinhandelspreise" und stellt u. a. fest, daß im August verflossenen Jahres die Kleinhandelspreise eine Steigerung von 2,4 Prozent, im September bereits von 5,8 Prozent verzeichneten, und daß auf dem Lande der Teuerungsprozentsatz ein noch viel höherer war. — Ferner, daß der Aufschlag auf die Großhandelspreise bei manchen Artikeln heute noch 300 Prozent beträgt.

Und schließlich bedeutet die Verdrängung des privaten Kapitals aus dem Großhandel bei der ohnehin bestehenden und fortwährend zunehmenden Geldknappheit eine sowohl für die Genossenschaften und den staatlichen Handel als auch für die Industrie unerträgliche finanzielle Belastung. Eine Belastung, die noch ganz besonders hindernd wirken mußte im Hinblick auf die zu Beginn des letztabgeschlossenen Wirtschaftsjahres vorgenommene weitere Entfaltung der industriellen Produktion. Wie sehr die Industrie infolge dieser Handelspolitik durch die von den staatlichen und genossenschaftlichen Handelsinstanzen an sie gestellten Warenkreditansprüche überlastet wurde, zeigt uns die folgende Vergleichstabelle der der Moskauer Warenbörse für das vorletzte Wirtschaftsjahr 1923/24 getätigten Abschlüsse. („Bulleton Konjunkturnowo Instituta" Nr. 9/10. 1925.)

Reine Kreditabschlüsse:

Monate	Gegen Barzahlen	bis 1½ Mon.	üb. 1½ Monat	Insgesamt Kredit-Abschl.
1923				
Oktober	44,0	7,1	18,0	25,1
November	38,4	6,5	18,1	24,6
Dezember	35,6	4,8	20,7	25,0
1924				
Januar	31,5	4,2	25,2	29,4
Februar	24,9	4,4	38,6	43,0
März	29,5	4,9	29,3	34,2
April	35,5	4,6	28,5	33,1
Mai	27,6	3,0	34,6	37,6
Juni	29,2	3,5	33,5	37,0
Juli	35,2	7,1	29,5	36,6
August	29,8	4,7	26,6	31,3
September	21,2	5,1	27,0	32,1

Gemischte Kreditabschlüsse:

Monate	Kredit bis 50 Proz. bis 1½ Monat	Kredit bis 50 Proz. üb. 1½ Monat	Insgesamt	Kredit über 50 Proz. bis 1½ Monat	Kredit über 50 Proz. üb. 1½ Monat	Insgesamt	Insgesamt gemischte Abschl.
1923							
Oktober	4,4	1,8	6,2	12,0	11,8	24,7	30,9
November	5,5	1,1	6,6	11,2	19,2	30,4	37,0
Dezember	12,7	1,8	14,5	6,9	18,0	24,9	39,4
1924							
Januar	3,4	9,8	13,2	9,3	16,6	25,9	39,1
Februar	3,6	1,5	5,1	9,1	17,1	27,0	32,1
März	3,8	4,2	8,0	7,4	20,9	28,3	36,3
April	2,9	3,4	6,3	5,5	19,6	25,1	31,4
Mai	3,0	2,6	5,6	5,2	21,0	26,2	31,8
Juni	2,6	2,7	5,3	5,8	22,7	28,5	33,8
Juli	2,9	2,2	5,1	5,0	18,1	23,1	28,2
August	3,2	1,6	4,8	6,1	28,0	34,1	38,9
September	2,5	5,8	8,3	5,7	32,7	38,4	46,7

Wir sehen also, daß während des Jahres von Oktober bis September der Prozentsatz der getätigten Barabschlüsse sich um die Hälfte verringert hat. — Gleichzeitig stieg der Prozentsatz der getätigten reinen und gemischten Kreditabschlüsse, wobei innerhalb der letzteren sich eine Tendenz zur Steigerung des Prozentsatzes der getätigten Abschlüsse mit hohem Kreditsatz (über 50 Prozent) bemerkbar macht. — Und schließlich, daß die langfristigen Kredite immer mehr auf Kosten der kurzfristigen Kredite zunehmen. Es liegt auf der Hand, daß diese finanzielle Belastung ganz besonders unerträglich werden mußte im Hinblick auf die zu Beginn des letztabgeschlossenen Wirtschaftsjahres vorgenommene weitere Entfaltung der industriellen Produktion. Diese Auswirkungen veranlaßten die Sowjetregierung nach knapp vor Beginn des verflossenen Jahres, eine entscheidende Wendung ihrer Handelspolitik vorzunehmen, und das private Handelskapital

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0001

abermals in die ihnen seinerzeit genommenen Rechte einzuführen. Diese Wendung, die von der Sowjetpresse mit dem Titel „Neue Handelspolitik" belegt wurde, wird auch von der „Ekonom. Schisn" in ihrem Leitartikel vom 1. Januar 1926 dahingehend formuliert, „daß die Industrie den Warenkredit des staatlichen und genossenschaftlichen Handels einschränkt, und somit einen Teil der in dem Handel investierten Geldmittel wieder für sich freimacht. Die dem Handelsprozeß der Massen entzogenen Mittel müssen durch das Privatkapital ersetzt werden. . . ." Und in der Tat beginnt auch während des letzten Jahres der Prozentsatz der Beteiligung des Privatkapitals am Großhandel unaufhaltsam zu steigen. Auf dem Gebiete des Binnenhandels hat somit das Privatkapital über den bei Lebzeiten Lenins noch oppositionell und derzeitig regierenden Flügel der KPD. in entscheidender Weise auf der ganzen Front gesiegt.

(Fortsetzung folgt.)

Diktatur bis auf die Familiennamen.

Rom, 17. Januar. (WTB.)

Ein amtliches Dekret, das am Freitag im Amtsblatt erschienen, bisher aber von keinem Blatt abgedruckt worden ist, ordnet an, daß in der Provinz Trient sämtliche Familiennamen, die lateinischen oder italienischen Ursprungs sind, aber in andere Sprachen übersetzt wurden, nunmehr die italienische Form annehmen müssen. Familiennamen mit fremdsprachlicher Endung oder Orthographie müssen gereinigt werden. Familiennamen, die aus alten Ortsbezeichnungen abgeleitet sind, sowie Adelsprädikate müssen italienisiert werden. Kein fremdsprachliche Namen können auf Antrag italienisiert werden. Dieses Dekret kann auch auf andere Provinzen ausgedehnt werden. Auf Zuwiderhandlungen sind Geldstrafen von 500 bis 5000 Lire angesetzt.

Der größenwahnsinnige Diktator.

Mussolini gestattet keine Opposition.

Rom, 18. Januar. (Radiomeldung.)

Weil die Popolari bei der Trauerfeier der Kammer am Sonnabend erschienen waren, war für den Sonntag eine außerordentliche Sitzung von Mussolini angeordnet worden. Er benützte die, um gegen das „Unterfangen" der Abgeordneten der Opposition loszufegen. Die Popolari könnten solange nicht in das Parlament zurückkehren, als sie die faszistische Revolution nicht als vollendete Tatsache anerkennen. Der Faszismus gestatte keine prinzipielle Opposition, außerdem hätten die parlamentarischen Gegner des Faszismus alle moralischen Bedenken gegen dessen Methoden abzuschwören und ferner müßten die Popolari jede Verbindung mit den ins Ausland geflüchteten Gegnern des Faszismus abbrechen. Nach Erfüllung dieser Bedingungen ist Mussolini vielleicht geneigt, der Opposition die Rückkehr zu gestatten. (!)

Auch in Rußland wird Opposition nicht geduldet.

Die Auswirkungen des Moskauer Parteitages.

Moskau, 18. Januar. (Radiomeldung.)

Die Beschlüsse des kommunistischen Parteitags beginnen ihre Wirkungen auf die Zusammensetzung der Sowjetregierung auszuüben. Der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der Partei hat Kamenew von seinem Posten als Vorsitzender der obersten Wirtschaftszentrale abberufen. Das Amt wurde Rykoff, dem Präsidenten des Rats der Volkskommissare, einstweilen mit übertragen. Gerüchtweise verlautet, daß in absehbarer Zeit Trotzki wieder zurückgerufen werden soll, um das Volkskommissariat für Arbeit und Verteidigung zu übernehmen. Kamenew wurde das seit kurzem bestehende Innen- und Außenhandelskommissariat übertragen. Seines Postens gleichfalls enthoben wurde Sokolnikoff, der an der Spitze des Finanzkommissariats stand. In das Präsidium des Rats der Volkskommissare sind berufen worden der Volkskommissar für Verkehr, Rukwsutak, und der Volkskommissar für allgemeine Kontrolle, Kujwjscheff. Durch seine Ernennung wird die Sowjetregierung einer schärferen Kontrolle der Kommunistischen Partei unterstellt. Durch diese Verschiebung in der Regierung sind alle Anhänger der Opposition entfernt worden.

Die Putschisten melden sich.

München, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der frühere Oberleutnant Roßbach ist nunmehr nach Aufhebung des Haftbefehls aus seinem österreichischen Exil (Salzburg) nach München zurückgekehrt. Er betrachtet sich als Führer der völkischen Wehrjugendbewegung und will sofort eine Agitations- und Propagandareise beginnen, die ihn über Nürnberg nach Berlin führen soll. Auch der Putschist Ehrhardt wagt sich nach der Amnestierung aus seinem Münchener Versteck, soweit man überhaupt von einem solchen reden kann, hervor. Er hat ein umfangreiches politisches Programm ausgearbeitet, durch dessen Veröffentlichung er neue Anhänger zu gewinnen hofft. Ein unter deutschnationaler Kontrolle stehendes Korrespondenzbureau lehnte aber die Verbreitung dieses Programms ab.

Das Kabinett Luther.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Endlich! Die neue Regierung Luther ist so gut wie fertig, nachdem sich die Parteien am Sonnabend im großen und ganzen auch über die Personenfrage geeinigt haben. Die Volkspartei hat ihren anfänglichen Anspruch auf das Reichsinnenministerium aufgegeben oder, wie die „Deutsche Zeitung" sagt, sie ist „umgefallen", und da Herr Geßler seine Unabkömmlichkeit schließlich doch selbst eingesehen hat, wurde die volksparteiliche Forderung nach Besetzung des Wehrministeriums durch den Krisenmacher Scholz oder den früheren kaiserlichen General Brüninghaus hinfällig.

Als verhältnismäßig sicher kann vorerst also angenommen werden, daß der Demokrat Koch das Reichsinnenministerium erhält und sein Parteifreund Dr. Reinhold Reichsfinanz- oder Reichswirtschaftsminister wird. Vom Zentrum verbleibt Brauns in seinem bisherigen Amt, während Marx neben dem Reichsjustizministerium noch das Ministerium für die besetzten Gebiete verwaltet und der Direktor des Schaffhausenschen Bankvereins in Köln, Bürgers, als Zentrumsminister eines der wirtschaftlichen Ministerien übernimmt. Von der Volkspartei bleibt Stresemann als Außenminister und Dr. Krohne als Reichsverkehrsminister. Ihr Parteifreund Hepp dürfte das Ernährungsministerium übernehmen, während Stingl als Mitglied der Bayerischen Volkspartei auch dem neuen Kabinett als Postminister angehört.

Eine offizielle Bekanntgabe dieser Ministerliste ist vorläufig nicht erfolgt, weil die Bayerische Volkspartei am Sonnabend noch in letzter Stunde versuchte, aus ihrer partikularistischen Einstellung heraus bestimmte Aenderungen zu erreichen. Die Reichseinheit war dieser Partei schon immer ein Dorn im Auge. So erklärt sie ihr Bedürfnis, dem neuen Kabinett den ausgeprägten antipartikularistischen Charakter, den es durch die Besetzung des Reichsinnen- und Finanzministeriums mit Demokraten, also ausgesprochenen Anhängern des Einheitsstaates, erhalten würde, nehmen zu sollen. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Bayerische Volkspartei in dieser Hinsicht etwas erreichen wird, indem das Finanzministerium mit einem Zentrumsanhänger besetzt wird und die Demokraten ein anderes wirtschaftliches Amt erhalten. Die Entscheidung hierüber fällt heute, Montag, abend um 6 Uhr in einer Parteiführerbesprechung. Anschließend soll die offizielle Veröffentlichung der Ministerliste erfolgen.

Immerhin steht der Charakter des neuen Kabinetts, soweit er sich aus der geplanten Zusammensetzung folgern läßt, schon jetzt fest. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Zentrumsminister geborene Rheinländer sind und mit der in starkem Maße demokratisch eingestellten rheinischen Zentrumspartei enge Fühlung haben. Aber wesentlicher ist, daß die im vergangenen Jahre deutschnational beherrschten Ministerien mit einer Ausnahme von überzeugten Republikanern besetzt werden. Der Vater des Schulgesetzentwurfs und Hüter einer vollkommen reaktionären Verwaltungspraxis Schiele wird durch das Mitglied des „Reichsbanners" und scharfen Gegner deutschnationaler Anschauungen Dr. Koch ersetzt. An Stelle des verkalkten und mehr deutschnationalen wie zentrümlichen Reichsjustizminister Frenken tritt der Republikaner Marx, und der Feind der unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichsfinanzministerium Schieben wird höchstwahrscheinlich auch durch einen Mann mit starkem Verständnis für die sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Volksschichten ersetzt werden. Die Vergangenheit von Marx und Koch gestatten jedenfalls den Schluß, daß sie, und unter ihrer Führung auch die anderen aus ihren Reihen stammenden Minister, keine Neigung haben werden, Anschluß nach rechts zu suchen oder im deutschnationalen Lager um Unterstützung zu werben. Das entspricht im übrigen dem Willen der Zentrumsanhänger, wie er am vergangenen Sonntag in Berlin auf der Tagung der Zentralinstanzen zum Ausdruck gekommen ist.

Die Linkstendenz des neuen Kabinetts Luther erfährt natürlich durch die Beteiligung der Volkspartei einen gewissen Ausgleich. Von Stresemann als Außenminister ist zweifellos anzunehmen, daß er die von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Demokraten vertretene Verständigungspolitik fortsetzt. Aber schließlich behandelt diese Regierung nicht nur außenpolitische Fragen, und insofern sind die volksparteilichen Minister als starke Belastung zu betrachten. Sie werden, wie sich das während der Verhandlungen über die Große Koalition gezeigt hat, als Interessenvertreter der großen Wirtschaftsverbände für die schnelle und ausreichende Regelung der sozialen Fragen wenig Verständnis haben. Im Ernährungsministerium ist durch den äußerst rechtsstehenden Volksparteiler und Präsidenten des Reichslandbundes sogar eine ausgesprochen einseitige Politik zugunsten der Agrarier zu befürchten. In dieser Hinsicht wird die Sozialdemokratie besondere Aufmerksamkeit walten lassen.

Vorerst dürfte unsere Reichstagsfraktion ihre Stellungnahme zu der neuen Regierung von Fall zu Fall entscheiden, und zwar wird hier der politische Kurs der neuen Männer ausschlaggebend sein. Aus den letzten Verhandlungen kennen sie unsere Forderungen, unter denen die umgehende Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge, der Eintritt in den Völkerbund und die Fürstenabfindung an der Spitze stehen. Werden sie nicht erfüllt, dann ergibt sich die Notwendigkeit einer scharfen Kampfstellung von selbst. Im anderen Falle kann die Regierung ihre Lebensdauer schließlich selbst bestimmen.

Verlacher Mordprozeß.

Die Rolle des Majors Schulz.

München, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Im Verlacher Mordprozeß wurde am Sonnabend die Rolle besprochen, die der Major Schulz vom Freikorps Lützow bei der Erschießung gespielt hat. Gegen Schulz schwebt noch ein Verfahren wegen Verdacht der Mittäterschaft, dessen Ergebnis von dem Ausgang des jetzigen Mordprozesses abhängt. Nach den Angaben der beiden Angeklagten soll Schulz die Erschießung mit den Worten befohlen haben: „Legen Sie die Schweine um!" Ein Zimmergenosse von Schulz, der Oberleutnant a. D. Seidler, bekundete jedoch, daß Schulz an jenem Tage erst gegen 9 Uhr morgens aufgestanden sei, während die Aeußerung nach den Aussagen der Angeklagten schon früher, um 7 Uhr, gefallen sein soll. Der Zeuge Seidler verbreitet sich auch über Befehle, die für die Standgerichtsverfahren gegolten haben. Anfangs hatte bei den Spartakistenunruhen in Berlin ein wüstes Durcheinander bestanden. Da seien die Leute einfach erschossen worden. Als der Erlaß Noskes aber herauskommen war, hatte man jedenfalls dort, wo Waffen gefunden wurden, erschossen, ohne lange zu fragen. Die übrigen Fälle seien vor die Standgerichte gekommen. Die gleichen Befehle hätten für die Kämpfe um München gegolten und zwar bis zum 4. Mai, wo Schulz mitgeteilt habe, die Truppenteile hätten nur das Standrecht für sofortige Erschießung, aber keine Standgerichtsbarkeit mehr.

Schulz wurde hierauf vernommen. Er erzählt von dem Vormarsch gegen München, vom Kampf in der Nähe von Perlach und von Verlusten, die seine Truppe gehabt habe. Am 4. Mai sei ihm mitgeteilt worden, daß Truppen nicht mehr die Standgerichtsbarkeit hätten und die Gefangenen zur Aburteilung beim Stabsquartier abliefern müssen. Diesen Befehl habe er an eine Reihe von Offizieren weitergegeben. Von der Entsendung Pölzings nach Perlach im Laufe des 4. Mai habe er gar nichts gewußt, auch nicht davon, daß Pölzing am Nachmittag des gleichen Tages mit zwei Gefangenen zurückgekommen sei. (Auf diese Aussage hin nimmt der Angeklagte Pölzing seine frühere Behauptung, Schulz habe den Befehl zur Expedition nach Perlach gegeben, zurück.) Den Auftrag, abends wieder nach Perlach hinausfahren, habe Pölzing von Major Lützow bekommen, und daß Pölzing am nächsten Tage ohne Gefangene zurückgekommen sei, habe weder er (Schulz) noch sonst jemand vom Stab erfahren. Erst während der Erschießungen habe er von diesen Vorgängen Mitteilung erhalten. Er habe sofort nach Pölzing suchen lassen, der sei aber nicht zu finden gewesen. Später, bei dem Abmarsch der Truppen habe Pölzing ihm angegeben, daß die Gefangenen ihn bedroht (!) hätten. Er habe aber seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß ein so schneidiger Offizier sich in dieser Situation nur durch Erschießungen habe retten können. Pölzings weitere Behauptung, Schulz habe später den Bericht über diesen Fall so abzufassen befohlen, als ob alles in Ordnung gewesen wäre, bezeichnet Zeuge Schulz selbst als eine feige Verleumdung.

Prüfert nimmt nach dieser Aussage seine Behauptung, er habe Schulz sagen hören: „Legen Sie die Schweine um!" zurück, bleibt aber dabei, den Befehl zur Erschießung von Pölzing erhalten zu haben. Auch Pölzing hält die Verleumdung über die Rolle des Majors Schulz bei der Abfassung des Berichts nicht mehr aufrecht, besteht aber darauf, daß Schulz gesagt habe, es sei eine sehr unangenehme Geschichte. Der Leutnant, der den Bericht dienstlich abgefaßt hat, der jetzige Rechtsanwalt Denninger, bekundet als letzter Zeuge, daß der Bericht nach Angabe von Pölzing angefertigt worden sei. Major Schulz habe die ganze Sache eine peinliche Angelegenheit für das ganze Korps genannt. — Die Beweisaufnahme wird am Montag fortgesetzt.

Pazifist Painlevé.

„Vorbereitung für den Militärdienst."

Paris, 18. Januar. (WTB.)

In Anwesenheit des Präsidenten der Republik und des Kriegsministers Painlevé hat heute nachmittag der Verband der Gesellschaften für die körperliche Ertüchtigung und Vorbereitung für den Militärdienst anläßlich des 50-jährigen Bestehens der Topographischen Gesellschaft eine öffentliche Versammlung abgehalten, bei der eine Ansahl Minister, Marschälle und eine Reihe auswärtiger Militärattachés zugegen waren. Kriegsminister Painlevé hielt eine Rede, in der er u. a. erklärte, es sei notwendig, die Bürger für die Pflicht, die sie der Gesamtheit schuldig seien, auszubilden. Trotz der friedlichen Etappe müsse an erwägen, daß entgegen den Gefühlen, die in Frankreich herrschen, bei anderen Völkern unheilvolle Kreise am Werke seien. Daher müsse Frankreich wachen, um niemand in dem Glauben zu lassen, daß es im Begriffe sei, sich selbst aufzugeben.

Stadttheater.

Musikalische Morgenfeier für Albert Lortzing.

Eine gewisse Wehmut ergreift uns immer, wenn wir eine Oper von Lortzing hören und dabei an alles Leid und alle Trübsal denken, die dieser geniale Meister erfuhr. In unseren Tagen, da die komische deutsche Oper fast brach liegt, werten wir seine Werke um so höher und ergötzen uns an der Musik und dem natürlichen Humor seiner Werke. Wenn wir Lortzing auch nicht zu den Heroen deutscher Tonkunst zählen, so zählt er doch zu den vortrefflichsten Talenten auf dem Gebiet der komischen Oper. Er füllt dort eine Lücke aus, die seit dem Tode Mozarts immer fühlbarer wurde. Lortzing gab seiner Melodik, seinen Weisen das Gepräge des einfach Fröhlichen, er führte in die Oper den „Volkston" ein. Seine Lieder sind längst Gemeingut des Volkes geworden; er teilte das Schicksal manch großen Meisters, erst nach seinem Tode gelangten seine Opern zu einer richtigen Würdigung. Sie gehören heute zum eisernen Bestand im Repertoire unserer Bühnen.

Die gestrige Morgenfeier für Lortzing leitete Direktor G. R. Kruse aus Berlin ein, er ist zurzeit wohl der bedeutendste Lortzing-Forscher und hat den Nachlaß dieses Meisters gesichtet und bearbeitet. Direktor Kruse schilderte den Werdegang Lortzings in einer außerordentlich geistvollen, von feinem Humor erfüllten Art. Sehr wertvoll waren Bruchstücke aus seinen Briefen, darunter auch ein Gedenken für unsere Stadt. Nach einem Erfolge in Halle, das etwas verpönt war, bewog er einen Künstler mit den Worten: „Wer nicht nach Halle geht — ist ein Schuft" — auch hier sein Glück zu versuchen. Noch möchte ich die sein eingefühlte Art betonen, mit der Direktor Kruse die letzten Stunden des Meisters zeichnete. Direktor Kruse wurde mit großem Beifall geehrt.

Das Konzert, das sich dem Vortrag anschloß, bot Einzelgesänge, Duette, ein Terzett und zwei Chöre. Mit Ausnahme der zwei letzten Darbietungen durchaus Musik aus unbekannten Opern. In der Arie des Gabriel aus dem Oratorium „Die Himmelfahrt" konnte Magda Schwelle ihren Koloratur-Sopran aufs beste entfalten. Mit guter Wirkung sang Walter Kathammer zwei Arien aus der Erstlingsoper „Adi Pascha" und der Oper „Hans Sachs". Mit voller Stimmentfaltung brachte Ewald Böhmer die Arie des Königs zur „Jagd". Den größten Eindruck machte das Terzett aus der Oper „Die Rolandsknappen", es wurde von Magda Schwelle, Walter Kathammer und Ewald Böhmer ganz virtuos gesungen und mußte auf stürmisches Verlangen wiederholt werden.

Besonderes Lob dem Opernchor für seine Darbietung. Die Klavierbegleitung war bei den Kapellmeistern Schmitt und Kramer technisch bestens gegeben, nur das „Umblättern" wollte nicht klappen. S. S.

Schillings lehnt ab.

Seine Antwort an Becker.

In einem Schreiben an den preußischen Kultusminister Becker hat Max von Schillings jetzt das Angebot abgelehnt, eine neu einzurichtende Meisterklasse für Musik an der Akademie der Künste zu übernehmen. Er begründet diesen Schritt damit, daß ihm auch in der ihm angebotenen Stellung ein Zusammenarbeiten mit den Referenten im Ministerium unmöglich erscheine und er auch die Möglichkeit einer Annahme des ihm gemachten Angebotes nur solange anerkannt habe, als die Verhandlungen über eine Verschmelzung der staatlichen und städtischen Oper in Berlin noch im Gange gewesen seien. Das Scheitern dieser Verhandlungen beweise ihm den Mangel an gutem Willen bei dem Ministerium, zu einer erfolgreichen Sanierung der Staatsopernbetriebe beizutragen. Er bitte deshalb, ihm seine vertraglich zustehenden Bezüge als Opernintendant weiterzuzahlen, wie es der Minister bereits in seinem Schreiben vom 2. Januar in Aussicht gestellt habe.

Dalleisches Theater- und Kunstleben.

Volksbühne. Die Spieltage der ersten Spielreihe für „Belinde", ein Liebesstück von Herbert Eulenberg sind: Montag, 18. Januar, ½8 Uhr (Theatergemeinde A); Mittwoch, 20. Januar, 8 Uhr (B); Montag, 25. Januar, ½8 Uhr (C); Montag, 1. Februar, ½8 Uhr (D). In der zweiten Spielreihe wird für Theatergemeinde J am Mittwoch, 27. Januar, ½8 Uhr, „Intermezzo" gegeben. Die Mitglieder der aufgeführten Theatergemeinden, die noch nicht eingeteilt haben, werden gebeten, dies umgehend nachzuholen. Der Spieltag des 5. Werkes für Theatergemeinde L wird noch bekanntgegeben.

Thaliatheater.

Molière: „Der eingebildete Kranke".

Uebersetzung von Ludwig Fulda.

Molières „Le malade imaginaire" ist keine sehr zarte Angelegenheit. Menschen, die sämtlich, wie der Onkel Ignaz in Eulenbergs „Belinde", „nur einen Charakter haben", den jedoch nach allen Regeln des vehementen und übelegenen Lustspieldichters gründlich auslüften, kreisen hier zwei Stunden lang um einen ausgewachsenen Hypochonder. Monsieur Argan, der in Ehrfurcht vor Quacksalbern erstirbt und dessen Lebensinhalt Pillen, Tränklein und Klistiere sind, sieht die Welt nicht mehr vor Medikamenten. Die Welt, das ist in diesem langatmigen Schwank das Paar Angélique und Cléante, die Tochter des Argan und ihr angeblicher Musiklehrer. Wie unbezwingbar ist Argans Glaube an die wundertätige Hilfe des Arztes Diafoirus, daß er dessen trottelhaften Neffen zu seinem Schwiegersohn erheben will. Der Hippokrat indessen muß erleben, daß es wohl gegen Verstopfung, nicht aber gegen die Schläge Liebender Medikamente gibt. Die Posse holt gegen zwei übergeistliche Zeitübel aus: gegen den Krankheitswahn und gewisse medizinische Tölpel, die der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Ein Irrglaube nährte sich vom anderen. Wenn der arme, weise Herr Molière glaubte, „daß es besser sei, nach allen Regeln der Wissenschaft zu sterben, als gegen sie gesund zu werden", dann ahnen wir, wie er selbst unter den Injektionen der Medizinmänner gestöhnt haben mag. Der allerliebste, vielgespielte Schwank ist rund 300 Jahre alt. Der Dialog ist spitz wie ein Dolch, kitzelnd wie ein Gänsekiel, abgemessen und ruhelos, ein Rädchen greift scharf ins andere. Geist züngelt auf: Es ist eine kluge Florettfechterei, bei der die Fechter bis zur Groteske eindeutig gestempelt sind. Zu der französischen Ludwige Zeiten waren diese Typen, voran die ärztlichen, ja die Furunkulose am Körper der Gesellschaft, schmerzbringende und entstellende Auswüchse. (Die Allgemeingültigkeit des Typs ist dahin, nur dann und wann hört man aus gelegentlichen Zeitungsberichten, daß er, moderner, reher und technisch vollkommener, in den Gefängnislazaretten seinen Wesen treibe.)

Will man das ewig Gegenwärtige dieser Komödie bewahren, so entwickele man sie ganz aus dem Geist des Schauspielerischen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0002

Wieder ein Justizskandal.

Am 21. Januar wird vor dem Großen Schöffengericht in Chemnitz ein neuer politischer Prozeß im Stil des Loeb-, Luppe- und Worch-Prozesses die Oeffentlichkeit beschäftigen. Es handelt sich um den an der Freiberger Strafkammer seit etwa einem Jahre vom Dienst enthobenen Oberstaatsanwalt Genossen Dr. Asmus wegen Vergehens gegen § 346 des Strafgesetzbuches (Begünstigung). Diese „Begünstigung" ist von der Strafkammer mit ähnlichen Mitteln konstruiert worden wie der „Mißbrauch der Amtsgewalt" des einstigen Leiters der thüringischen politischen Polizei, Genossen Worch.

Im Jahre 1923 hatte Oberstaatsanwalt Asmus in sechs oder sieben Fällen die Einstellung von Strafverfahren gegen Arbeiter oder Parteiredakteure ordnungsgemäß verfügt. Diese Verfahren sind nicht etwa durch unsachgemäße Aktenbehandlung vertuscht, sondern ordnungsgemäß mit durchschlagender Begründung und unter Verständigung des Verletzten von dem Einstellungsbeschluß abgeschlossen worden. Sie behandeln politische Verfehlungen und menschlich entschuldbare Fehltritte auf Grund der Inflationszeit bzw. des Belagerungszustandes. Die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden hat es in der Mehrzahl aller Fälle durch offiziellen Beschluß bei der Einstellung des Verfahrens belassen und das Strafverfahren gegen den Genossen Asmus eingestellt. Asmus hat, wie der Genosse Loeb, dann selbst infolge einer reaktionären Hetze auf die Durchführung des Verfahrens bestanden, das von der Strafkammer Freiberg später auch eröffnet wurde. Die Voruntersuchung wurde aber in einer Form durchgeführt, daß sich sämtliche Freiberger Amtsrichter weigerten, richterliche Funktionen zu übernehmen. Wie dem „Soz. Pressedienst" mitgeteilt wird, **dürfte der Prozeß den größten politischen Skandal aufdecken, der jemals durch eine rachsüchtige Richterbureaukratie aktenmäßig geworden ist.** Da infolge der Weigerung der Freiberger Amtsrichter ein ordnungsgemäßes Gericht überhaupt nicht zusammengestellt werden konnte, verwies die Generalstaatsanwaltschaft den Prozeß an das Schöffengericht in Chemnitz.

Wieder ein Fememörder verhaftet?

Greifswald, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabend wurde hier ein jüngerer Mann verhaftet, der im dringenden Verdacht steht, an den Fememorden beteiligt zu sein. Die Polizei verweigert über die näheren Umstände jede Auskunft. Der Gefängnisinsasse nennt sich Oberleutnant Lange.

„Der Eine so / der Andere so."

Windischgrätz zu Wilhelm: „Mein Verfahren ist humaner und läßt sich schließlich rechtlich genau so begründen wie deins."

Aus aller Welt.

Hauseinsturz infolge Explosion.

Sieben Tote, zahlreiche Verletzte.

Berlin, 17. Januar.

Heute früh ereignete sich in dem Hause Kirchstraße 9 im Stadtteil Moabit eine gewaltige Gasexplosion. Durch den Druck des in gewaltigen Mengen ausgeströmten und durch einen bisher unbekannten Umstand zur Entzündung gekommenen Gases wurde ein Teil des Hauses zum Einsturz gebracht. Zehn Personen wurden unter den Trümmern begraben und mit schweren Verletzungen geborgen; sie wurden in das Moabiter Krankenhaus gebracht, wo bereits 5 Verletzte gestorben sind. Außerdem haben sich noch 15 leicht verletzte Personen gemeldet. Ein 2½jähriges Kind wird noch vermißt.

In einem in dem Hause befindlichen Seifengeschäft wurde durch die Explosion auch ein Faß Benzin entzündet und flog in die Luft. Die Leiche des Seifenhändlers liegt ebenfalls noch unter den Trümmern. Die ganze Straße bietet ein Bild der Zerstörung; sämtliche Fensterscheiben sind zertrümmert, die Fensterkreuze herausgerissen. Ein auf der Straße stehendes Droschkenauto wurde umgeworfen und völlig zertrümmert. Die Detonation wurde weit entfernt gehört. Die Feuerwehr ist fieberhaft tätig, die Trümmer aufzuräumen und die Leichen zu bergen.

Vier Kinder ertrunken.

Berlin, 17. Januar. (Privattelegramm.)

Nach einer Blättermeldung aus Stockholm fand die von einer Lehrerin eines Dorfes in den Stockholmer Schären veranstaltete Feier der Plünderung eines Weihnachtsbaumes einen tragischen Abschluß. Vier Knaben im Alter von 14 und 15 Jahren, die in der Dunkelheit mit einem Schlitten über das Eis fuhren, gerieten in eine offene Stelle und ertranken. Die Leichen sind bisher noch nicht gefunden worden.

Festnahme eines polnischen Räubers.

Berlin, 17. Januar. (Privattelegramm.)

Gestern wurde in einer Schankwirtschaft in der Koppenstraße ein Mann von der Polizei festgenommen, der mit anderen Gästen der Wirtschaft Streit angefangen hatte. Auf der Polizeiwache fand man bei ihm außer einem geladenen Revolver eine Flasche mit Strychnin. Wie es sich herausstellte, handelt es sich um ein Mitglied einer polnischen Räuberbande, die von Berlin aus Raubzüge in die Provinz unternommen hatte. Das Gift diente zur Beseitigung der Hofhunde. Bei der Festnahme trug der Räuber einen eleganten Sportpelz mit Opossumkragen.

Das Berliner Sechstagerennen.

Der Stand des Berliner Sechstagerennens nach der Nachmittagswertung am Sonntag ist folgender: 1. Giorgetti-Rieger 135 Punkte, 2. Mac Namara-Horan 123 Punkte, 3. Saldow-Lorani 114 Punkte 4. Dewolf-Stockelynck 92 Punkte, 5. Möller-Lewanow 78 Punkte, 6. Golle-Wittig 68 Punkte, 7. Bauer-Gottfried 67 Punkte, 8. Hahn-Tietz 63 Punkte, 9. Persyn-Debaets 55 Punkte, 10. Lorenz-Krupkat 45 Punkte, 11. Gebrüder Vandenhove 40 Punkte, 12 Stellbrink-Longardt 39 Punkte, 13. Sawall-Rosellen 29 Punkte.

1 Runde zurück: Dewolf-Stockelynck, 2 Runden zurück: Stellbrink-Longard, Sowall-Rosellen, 3 Runden zurück: Möller-Lewanow.

Berlin, 17. Januar. (Privattelegramm.)

Nach dem Stande von 11 Uhr abends befindet sich das deutsche Paar Hahn-Tietz allein an der Spitze, eine Runde zurück liegen die Amerikaner Mac Namara-Horan, die Deutschen Gottfried-Bauer, die Belgier Persyn-Debaets.

Berlin, 18. Januar. (Radiomeldung.)

Der Stand des Berliner Sechstagerennens am Sonntagabend um 11 Uhr war folgender: 1. Hahn-Tietz 68 Punkte, eine Runde zurück: 2. Mac Namara-Horan 127 Punkte, 3. Bauer-Gottfried 78 Punkte, 4. Persyn-Debaets 59 Punkte, zwei Runden zurück: 5. Rieger-Giorgetti 145 Punkte, 6. Saldow 122 Punkte, 7. Gebrüder Vanderhove 53 Punkte, 8. Lorenz-Krupkat 51 Punkte, drei Runden zurück: 9. Dewolf-Stockelynck 105 Punkte, 10. Sawall-Rosellen 31 Punkte, fünf Runden zurück: 11. Möller-Lewanow 84 Punkte, 12. Wittig-Golle 81 Punkte, 13. Stellbrink-Longardt 54 Punkte. Strecke um 10 Uhr bei Schluß des dritten Tages 1904,960 Kilometer, um 11 Uhr 1938,400 Kilometer. Am Montagmorgen um 5 Uhr stand das Rennen wie folgt: Hahn 69 Punkte, Rieger (zwei Runden zurück) 164 Punkte, Mac Namara 146 P., Saldow 134 Punkte, Bauer 82 Punkte, Vandenhove 63 Punkte, Persyn (zwei Runden zurück) 62 Punkte, Lorenz 53 Punkte, Stockelynck 125 Punkte.

Es gibt wieder Millionäre in Rußland.

Bis vor kurzem kannte die russische Gesetzgebung nur ein beschränktes Erbrecht. Ein Erbteil bis zu 10 000 Rubel war zulässig, wenn auch steuerpflichtig, während der diese Summe übersteigende Betrag restlos dem Staat zufiel. Nach dem neuen Gesetz ist das Erbrecht wesentlich gemildert und ausgedehnt worden. Es stellt einen progressiv steigenden Steuertarif für den Erben fest, der bei einem Erbanfall von mehr als 500 000 Rubel 90 Prozent Steuer bezahlen muß. Dieses Gesetz verdient Beachtung, weil es zeigt, daß die „Neue ökonomische Politik" immer mehr von radikalen Theorien abläßt, und daß es auch in Rußland wieder Privateigentum und sogar Millionäre gibt.

Toselli's Grabschrift.

Toselli verfügte, daß auf seinem Grabstein folgende Sätze stehen sollten: „Hier ruht Enrico Toselli, dessen seine Mutter Ottavia und sein Sohn Carl Emanuel gedenken. Zeit und Enttäuschungen lehrten ihn nicht auf Menschen, sondern nur auf Gott vertrauen, seine einzige und glückliche Liebe war seine Gattin Pia Satarini, die für ihn die intellektuelle Frau, die tiefe gefühlvolle Interpretin, seiner Musik treuergebene Gefährtin in Freud und Leid war." Am Bette des Sterbenden standen diese, seine zweite Gattin und Sohn aus der Ehe mit Luise von Sachsen Carl Emanuel. Der Name Luisens, als deren Opfer Toselli sich bezeichnete, ist weder im Testament noch in der Grabinschrift erwähnt.

Massenmörder in Räuberhöhlen.

Die pommersche Kriminalpolizei hat soeben die polnische Räubergesellschaft Spieck und Genossen, auf deren Konto auch der Mord bei Müncheberg zu setzen ist, unschädlich gemacht. Der Führer der Bande war der 37jährige Schnitter Alfred Spieck. Er ist im Mai 1923 aus dem Zuchthaus entwichen und treibt sich seit dieser Zeit in Pommern umher. Hier fand er Anschluß an den 21jährigen Schnitter Staczak, die Arbeiter Stoczalas und Palkowski. Die Ueberfälle der Banditen wurden in der hinterhältigsten Weise durchgeführt. Mit Vorliebe wählten sie einsame Landstraßen und legten sich an Wegrändern und in Wäldern auf die Lauer. Ihr Hauptquartier war die Scheune eines Gasthauses, die einsam inmitten eines Waldes liegt und zu der sich die Verbrecher drei unterirdische Zugänge gegraben hatten, die geschickt verkleidet und im Halbdunkel kaum zu erkennen waren. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen wurden sie von den Landjägern entdeckt und mit Hilfe eines umfangreichen Freiwilligenaufgebots der Ortsbewohner umstellt und nach kurzem Feuerkampf festgenommen. Man fand in der Höhle große Vorräte an Schmucksachen, Fleisch und Kartoffeln. Der Verbrecherbande fielen folgende Personen im Laufe der letzten Monate zum Opfer: Am 9. Oktober der Gutsbeamte Roser, am 17. November der Rechnungsführer Virchow, am 3. November der Oberamtmann Duglisch, am 7. November der Schnitter Goslke, am 15. November der Arbeiter Ahrendt und am 5. Dezember der Viehhändler Kogge. Die Verbrecher wurden nach Stargard gebracht, wo sie sich bereits am 28. Januar zu verantworten haben.

Bayerische Bierkrise.

In Bayern ist eine Hoch- und Staatsaktion wegen der Senkung des Bierpreises um 2 Pf. pro Liter ausgebrochen. Die bayerische Staatsregierung hat durch Verhandlungen mit dem bayerischen Brauerbund diese Ermäßigung erreicht. Nun versuchen die bayerischen Brauer die Gastwirte zur Tragung der Hälfte der Bierpreissenkungskosten zu veranlassen. Sie beschlossen aber einstimmig, die Kosten der Bierpreissenkung nicht zu tragen. Ob die bayerische Regierung ohne Erklärung des Ausnahmezustandes über die Krise hinwegkommt, wird die Zukunft zeigen.

Ein verschollener Dampfer. Der Dampfer „Isfjord" aus Tronjö, der am 31. Dezember mit einer Ladung Korn von Stettin nach Bergen abgegangen ist, hat seinen Bestimmungsort nicht erreicht. Man befürchtet, daß das Fahrzeug untergegangen ist.

Raubmordversuch. Am Sonnabendmittag spielte sich in der Friedrichstraße in Berlin eine eigenartige Verbrecherjagd ab. Der 20 Jahre alte Arbeitsbursche Kurt Schardin hatte an einer Frau Hedwig Bahr einen Raubmordversuch unternommen und war dann geflüchtet. Die Frau ist durch einen tiefen Schnitt in die rechte Halsseite ziemlich schwer verletzt und liegt im Krankenhaus. Der Täter wurde auf der Jagd durch die Friedrichstraße gefaßt und festgesetzt.

Eine amerikanische Expedition gräubt in der Kalahari-Wüste die primitivste Rasse der Welt entdeckt zu haben, die dort seit Hunderten von Jahren isoliert existiert. Es soll sich um kleine, unscheinbare Kreaturen handeln. Sie aßen angeblich Ameiseneier, Mäuse, Eidechsen, Schlangen und Skorpionen. Die Sprache besteht aus sieben Lauten.

---

aus dem sie schon, was jede Situation dokumentiert, bei Molière erstand. Diese Sprache verträgt kein Verharren, die Geste sei der Beweis, die Erhärtung und Vertiefung des Wortes. Die Regie (Elsa Rochel-Müller) entfachte eine allgemeine, wenn auch akzentuierte Laune; um die letzte (auch szenische) Konzentration, die Tödlichkeit des Witzes, ging sie herum. Alfred Durra schuf einen Argan ganz aus dem Intellekt, aus einer bezent bemessenen schöpferischen Sachlichkeit, verschiedentlich im zweiten und dritten Akt aber doch unwitzert von größerer Tragik, über die physische Existenz hinaus. Er hatte wirklich hippokratische Züge, und die Wehleidigkeit saß schon im Kostüm. Luise Sessing sprach und spielte statt einer kostbaren, zierlich-frischen, pointierten Französin eine etwas sentimentalische Angélique, mehr schwärmerisch als von entzücktem sprudelnden Ueberschwang; sie sah indessen blendend aus.

Wilma Dülfer, des Argan betrügerisches Ehegesponst, wurde schon eher heimisch, aber wo bleibt die Komik, die alles entzückt? Auch Walter Raupach spielte augenscheinlich einen ihm innerlich und äußerlich fremden Typ; die stumpfe Pedanterie des Dr. Diafoirus, der lächerliche Ritus der Brautwerbung, alles blieb auf halbem Wege stecken. Nur der junge Fritz Genschow, der den armen Schwachkopf Thomas ablenkte, hatte in Blick, Haltung und Ton den imbezillen Stich. Für Oktrud Wagner (Toinette) war Hermine Ziegler eingesprungen, sie legte ein famoses, ausgelassenes, hiebfestes Jungferchen hin. Franz Klebusch war ein temperamentvoller, sicher charakterisierter Berald in beredter Maske. Ein arger Mißgriff der Regie: Trude Rudorf als Louion. Ein 11jähriges, naives, durchaus kindliches, aber schon gewissen fraulichen Instinkt verratendes Schulkind sollte auf die Bühne springen; und es kam ein blaß geschminktes, stark lispelndes Mädchen in Haltung eines Backfisches und sagte ihre angelernten Sätze herunter. Doch sind der Geist und die unmißverständliche Situationskomik des großen Franzosen, der einst selbst die Titelrolle spielte, zu überlegen und zielsicher, als daß er unter den Schwächen einiger Darsteller wesentlich leiden konnte: Es wurde ein heiterer Abend und man applaudierte.

W. Sch.

China und die Chinesen.

Lichtbildervortrag von Prof. Dr. Hans Driesch (Leipzig).

Die chinesische Sprache ist eine einsilbige, flexionslose Sprache, kennt keine Grammatik. Sie besitzt weit mehr Begriffe als Grundwörter, und die Unterscheidung der Begriffe erfolgt teils durch verschiedene Betonung und durch das Aneinanderstellen von Grundwörtern, teils durch bloßes Aneinandersprechen zweier Grundwörter (zusammengesetzte Worte). Ein Alphabet kennen die Chinesen nicht. In der Schriftsprache tritt für jede „Bedeutung" ein Symbol.

Die Hauptreligionen der Chinesen sind die des Konfutse (Confucius), eine Pflichtenlehre ohne Metaphysik („Was ist der Tod, wenn ich nicht weiß, was das Leben ist?") und die des Laotse, die mystisch-magischer Art und mit den indischen Lehren verwandt ist. Gemeinsam ist beiden Lehren der Ahnenkultus. Zu diesen urchinesischen Religionen kommen Buddhismus, Islam, Christentum und einige jüdische Gemeinden. Besonders bemerkenswert ist, daß sich in China niemand einer Konfession verschreibt. Intoleranz ist unbekannt.

Die Republik, die das Einschnüren der Füße verbietet, und an deren Geburtstage Millionen von Zöpfen — die Zeichen der Unterwürfigkeit — abgeschnitten wurden, hat sich außerordentlich der Volksbildung angenommen. In einigen Provinzen besteht schon jetzt Schulzwang. In Nanking und Peking wurden Universitäten gegründet. Ein geradezu fabelhaftes Streben nach Bildung geht durch das chinesische Volk. Professoren aller Kulturstaaten berufen sie an ihre Universitäten. (So las z. B. Professor Driesch dort über Kant.) Immer mehr besuchen chinesische Studenten das Ausland, unter besonderer Bevorzugung von Amerika.

Die Wirren in China sind nach Ansicht des Leipziger Philosophen auf drei Beweggründe zurückzuführen: Rivalität unter den Generalen der Provinz, bolschewistische Propaganda und Uebergriffe der Fremden.

Recht viel Heiterkeit erweckte das Kapitel über das Essen. Ist man z. B. bei einer hochstehenden Persönlichkeit zu Gast geladen, so erscheint man, wenn man höflich ist (und das will doch jeder sein), eine Stunde früher als man geladen ist. Ein mittleres „Diner" setzt sich aus ungefähr 30 bis 40 Gängen zusammen. Man braucht aber keine Angst zu haben, sich dabei zu überessen, weil man von jedem nur sehr wenig nimmt (außerdem erlauben es die Teller nicht). Den Europäer erkennt man an der Tafel durch den „Speise-Weg" vom Teller zur Eßschüssel, der durch die ungeschickte Handhabung der Eßstäbchen, mit denen man aus der in der Mitte des Tisches stehenden Schüssel nimmt, hervorgerufen wird. Prof. Driesch bezeichnete das chinesische Mal als gut. Weniger erbaut war er allerdings von den „europäischen Gastmählern", die ihm hohe chinesische Würdenträger honoris causa geben. Zumeist gab es dann fünf Gänge, aber es war zudiel des Guten. Bei einem Gang bekam er z. B. einen großen Fisch auf den Teller gepackt, der andere brachte ein halbes Huhn usw. Wein fehlte bei diesen Gastmählern auch nicht, leider war seine Herkunft undefinierbar.

Nach diesem in harmonischem Verhältnis dozierenden und scherzenden Tone gehaltenen Vortrag des Philosophen zeigte dieser über ein halbes Hundert Lichtbilder von seiner Reise durch China (Tempelbauten, Pagoden, Gräber, Bambuswälder, die Chinesische Mauer u. a. m.)

Prof. Driesch fand ein dankbares Publikum. E. H.

Aegyptische Reliefs — in Neuseeland?

An verschiedenen Stellen der Neuen Welt sind in den letzten Jahren archäologische Entdeckungen gemacht worden, die eine auffallende Aehnlichkeit mit altägyptischen Formen aufzuweisen hatten. Erst vor kurzem haben auch in einer Schlucht von Neuseeland zwei Jäger eine ähnliche Beobachtung gemacht. An der Wand einer Höhle entdeckte man die reliefartige Darstellung von Schiffen und Kähnen, deren Form von der bei den eingeborenen Maori üblichen wesentlich abwich. Die Schiffsschnäbel sahen nämlich wie die der altgriechischen und altägyptischen Galeeren aus, was gewisse technische Kenntnisse in der Schiffahrt voraussetzt, die den Maori jedenfalls nicht bekannt gewesen sind. Auch gibt es dort keine Ueberlieferung, die sich auf die Handhabung der bei den Aegyptern und Griechen üblichen Schiffstechnik bezieht.

Stadttheater. Am heutigen Montag und Mittwoch 7½ Uhr: „Belinde". Dienstag: „Die verkaufte Braut". Donnerstag zum ersten Male in Halle Lortzings komische Oper „Mazurka-Berg". Freitag: „Der eingebildete Kranke".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0003

Unwiderruflich

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag

die letzten Tage unseres

Inventur-Ausverkaufes!

Die Preisabstriche übersteigen alles bisher Gebotene!

Kunstseid. Trikot ca. 100 cm breit, in ca. 50 Farben . . . jetzt Meter **1,90**

Eolienne Wolle mit Seide, doppelbreit . . . jetzt Meter **4,80**

Cheviot reine Wolle, 85–90 cm breit . . . jetzt Meter **1,75**

Mantelstoffe ca. 140 cm breit, gute Qualität . . . jetzt Meter **1,90**

Blusen aus Voile und Wolle, leicht angestaubt . . . jetzt Stück **3,75**

Wintermäntel aus molligen, warmen Stoffen . . . jetzt Stück 14,75 11,75 **7,50**

Handtuchstoffe vorzüglich Gerstenkornware, mit roter Kante . . . jetzt Meter **32 ₰**

Linon gute Bett- und Leibwäsche-Ware . . . jetzt Meter **68 ₰**

Damen-Trägerhemden mit Hohlsaumlangette . . . jetzt Stück **78 ₰**

Damen-Trikotunterkleider Kunstseide, schöne Farben . . . jetzt Stück **2,45**

Rohnessel vorzügl. starkfädige Ware, ca. 80 cm breit . . . jetzt Meter **52 ₰**

Köper-Inlett Deckbettbreite . jetzt Meter 2,38 Kissenbreite . . . jetzt Meter **1,42**

Popeline reine Wolle, doppelbreit, gute Qualität . . . jetzt Meter **2,55**

Gabardine reine Wolle, ca. 130 cm breit, marine und schwarz . . . jetzt Meter **3,90**

Wollkleider aus versch. Ia Wollstoffen, beste Verarbeitung jetzt Stück 11,50 8,50 **5,90**

Seidenplüsch-Mäntel gute Qualität, ganz auf Foulardine-Futter . . . jetzt Stück **49,00**

Halbstores Etamine mit Einsatz . . . jetzt Stück **1,45**

Künstlergarnituren 3teilig, engl. Tüll . . . jetzt Garnitur **2,85**

Reisekoffer gute Ausführung m verstärkt, Ecken

Größe	50	55	60	65	70
jetzt Stück	3,25	4,25	5,25	6,25	7,25

Besuchstaschen echt Lackleder, in verschiedenen Ausführungen jetzt Stück **3,25**

Kinder-Sportjacken in verschiedenen Größen u. Farben . . . jetzt Stück **1,00**

Klubjacken f. Damen u. Herr. „Reine Wolle", schöne Farben . . . jetzt Stück 11,75 8,75 **6,90**

Mädchen-Springhosen weiß Trikot, verschiedene Größen . . . jetzt Paar **88 ₰**

Herren-Futterhosen in 3 Größen . . . jetzt Paar **2,85**

Damen-Handschuhe farbig Trikot mit 2 Druckknöpfen . . . jetzt Paar **78 ₰**

Herren-Handschuhe farbig, starker Trikot mit 1 Druckknopf . . . jetzt Paar **88 ₰**

Damenstrümpfe schwarz, engl. lang . . . jetzt Paar **18 ₰**

Damenstrümpfe farbig, Wasenseide mit Doppelsohle und Hochferse verstärkt jetzt Paar **1,95**

Selbstbinder schöne Dessins . . . jetzt Stück **68 ₰**

Oberhemden aus gutem Perkal mit Kragen . . . jetzt Stück **4,75**

Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf solange Vorrat

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Nussbaum

DAS KAUFHAUS FÜR ALLE

Ein Besuch

bei uns wird Sie davon überzeugen, daß Sie **günstiger** nirgends kaufen können

---

Vereins-Kalender der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereinen sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Hans 42/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Orts-Bureau befindet sich Fernruf 1029).

Halle.

Republikanischer Frauenbund. Dienstag, den 19. Januar, abds 8 Uhr, im Restaurant „Marktcafé", Bruderstraße 7: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Herrn Lehrer Görsch über „Die weltliche Schule". 2. Gr. Schützinsel Winterfreuden. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen.

Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Mitgliederversammlung.

— Ortsgruppe in der Lorischule: Jeden Mittwoch von 3 bis 6 Uhr Nähstunde. Genossinnen als Helferinnen jederzeit willkommen.

SAJ. Heute abend Turnen in der Giebichenstein Schule.

Jungsozialisten. Mittwoch, den 20. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Heim Weiserplan 20 Aussprachabend. Thema: „Neue Lebensgestaltung". Referent: Genosse Wirth.

Verein Dr. med. Schüßlers Biochemie zu Halle a. S. Morgen Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, in „Monopol-Tour", großer Saal: Vortrag des Herrn Emil Grenzinger über „Naturheilen des Leben und Biochemie". Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Aus dem Bezirk.

Holzweißig. Montag abend 8 Uhr im Lokal Mittelmann: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Neuwahl des selben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen.

Delitzsch. **Gemeinschaft „Kinderfreunde".** Die Sitzung der Helfer und Helferinnen findet heute abend im „Birkenhof" (Mittelzimmer) statt. Genossen und Genossinnen der SPD., der Arbeiter-Wohlfahrt und Soz. Arb.-Jugend, welche an der Kinderfreundebewegung mitarbeiten wollen, sind herzlich eingeladen. Ferner findet ein Vortrag statt.

Annendorf. Dienstag, 19 Januar, abends 8 Uhr, in der „Worle": Generalversammlung. Vortrag der Gen. Sin. Röpert (Halle) über „Die Arbeiter-Wohlfahrt und ihre Bestrebungen.

Greppin. Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Gräntzer: Generalversammlung. 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. Alle Genossen und Genossinnen sind dazu eingeladen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Die Hamburgfahrer müssen sich bis zu Januar Harz 47/44, Zimmer 36, melden.

— 2. Abteilung (Nord). Dienstag, den 19 Januar, abends 8 Uhr: Funktionärsitzung bei Kameraden Müller. Jeden Freitagabend zwanglose Zusammenkunft im Restaurant „Schwarzes Adler".

Genossen! Werbt neue Leser!

Stadt-Theater

Montag 7½ Uhr: **Betinde** mit den Damen Johow Greiner Den Herren Gängel, Hensel Kaller Kleinich.

Dienstag 7½ Uhr: **Die verkaufte Braut** mit den Damen Jhm. Seeliger, Voß-Andree. Den Herren Oa ub. Roesler. Katrammer, Benkiander, Buchhardt Heilt Ende 10 Uhr.

Mittwoch 7½ Uhr **Betinde**

Gold- und Silberwaren, Trauringe
Oskar Grainbke
Inh. Alfred Koch
Goldschmied 48
Landwehrstraße 7
Werkstatt für Reparaturen u. Neuarbeit

Mappen
Ia Leder
sehr preiswert
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr
Lederwaren-Haus

Maler arbeiten
führt billigst aus. Off. unter V B 171 an Expedit. d. Blattes

Auf Teilzahlung

liefern wir mit kleiner Anzahlung und gegen bequeme Wochen- oder Monatsraten, die nach Wunsch des Käufers eingerichtet werden:

Skier
Rodelschlitten
Wintersportbekleidung
für Damen und Herren.
Rodelschlitten Anzahlg. 3 Mk. Wochenrate 1 Mark.

PAUL SOMMER
Halle a. S., Leipziger Straße **14**
355

Volkspark.
Täglich: Kräftigen Mittagstisch zu 75 Pfennig. 50

Kleine Anzeigen haben hier **grossen** Erfolg!

Zum Bockbierfeste

Bockwürste
nur von
Heinrich Müller, Wurstfabrik
Gr. Brauhausstr. 29 156 Fernruf 3133
Gastwirte und Händler Vorzugspreise!

WALHALLA
Anfang 7.45 Uhr
Tel. 8885
Nur noch wenige Tage
Anneliese
v. Dessau
Operette von Rob. Winterberg

Lebensmittel
in besten Qualität u. reicher Auswahl und preiswert bei 95
Ea Sorg
Kolonialwaren, Hermannstraße 7

Sternwolle
1/5 **85** Pfg
Lipper
Magdeburger Str. 4
am Wolfbalbe 9

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Wer
einen Arbeiter oder Arbeiterin sucht — wer Stellung sucht — wer eine Wohnung zu vermieten hat — wer ein Zimmer sucht — wer Kostgänger oder Logisherrn annimmt — wer etwas verloren oder gefunden hat — wer etwas verkaufen oder kaufen will — wer sein Geschäft eröffnen od. empfehlen will — kurz wer irgend etwas zu publizieren hat, der inseriere im „Volksblatt" er **wird Erfolg haben.**

Der neueste Roman von Maxim Gorki:

„Der Sohn der Nonne"

bisher unveröffentlicht, erscheint zu Weihnachten im „Bücherkreis", bei monatlich 1 Mark Beitrag, also

für 3 M. in Leinen gebunden

Ein literarisches Ereignis — eine verlegerische Tat!

Auskunft u. Beitrittsanmeldungen bei allen Zahlstellen (Volksbuchhandlg.) sowie bei der Hauptgeschäftsstelle

„Der Bücherkreis"
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Unsere Freunde

und Leser wollen bei ihren Ausflügen in allen Wirtschaften und Kaffees immer wieder das Volksblatt verlangen. Nur so wird erreicht, daß überall unser Blatt ausliegt.

Konsum-Verein für Delitzsch u. Umgeg.
e. G. m. b. H. 316

Aufforderung.

Wir bitten unsere Genossenschafter die Mitgliedsbücher umgehend abzugeben und zwar für Delitzsch: im Büro Moltkestrasse 10, von 1—3 Uhr mittags.

Die ländlichen Genossenschafter müssen die Bücher in den dort ansässigen Verkaufsstellen verlangen. **Die Verwaltung.**

AN ALLE

Arbeiterorganisationen, Turn-, Gesang-, Sport- und Geselligkeitsvereine

Beitragsmarken
preiswert, gut und schnell durch
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
e. G. m. b. H.
Harz 2-444 Fernspr 6605.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Neuaufstellung der Wohnungslisten.

Die bisher vorhandene Wohnungsliste wird mit Zustimmung des Magistrats mit Wirkung vom 15. Januar 1926 als erloschen erklärt. Sämtliche darin bisher eingetragene Wohnungsuchende werden aufgefordert, falls sie Anspruch auf Eintragung in die neue Wohnungsliste erheben, sich zur Neueintragung zu melden.

Zu diesem Zwecke haben gedruckte Formulare werden vom Wohnungsamt verausgabt und zwar: Dienstag, den 19. Januar, für die Buchstaben A—F, Mittwoch, den 20. Januar, für die Buchstaben G—K, Donnerstag, den 21. Januar, für die Buchstaben L—Q, Freitag, den 22. Januar, für die Buchstaben R—St, Sonnabend, den 23. Januar, für die Buchstaben T—Z.

Anträge, die bis zum 31. Januar eingereicht sind, werden unter Berücksichtigung der alten Nummer in die neue Liste eingetragen. 749

Eisleben, den 14. Januar 1926.

Der Magistrat. Wohnungsamt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. Januar 1926.

Parteinachrichten.

Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark":

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Reichstagsabgeordneter W. Keil (Stuttgart) spricht über:

Fürstenabfindung, Volksentscheid, Regierungskrise.

Alle Genossinnen und Genossen müssen an dieser wichtigen Versammlung teilnehmen.

Der Vorstand.

Arbeitslos!

Arbeitslos!

In welchem Worte kann wohl die Not des Arbeitsmenschen noch stärker klingen, mit welchem Worte läßt sich noch drastischer der Jammer seines Daseins treffen? —

Denn arbeitslos sein, heißt brotlos sein und dem Hungertode entgegenzugehen. Oder aber dem Betteln, oder dem Verbrechen, oder der Schande der Straße, und damit dem Gefängnis, dem Zuchthaus oder dem Siechenhaus. Denn die „christliche Ordnung" und der bürgerliche Staat strafen den Bettler und den aus Not zum Dieb Gewordenen, nicht die, die ihn zum Betteln und zum Stehlen zwangen.

Die Wirtschaftskonjunktur ist im Sinken, und so wie sie sinkt, so steigt die Masse der Arbeitslosen. Und überall beginnt die Kurzarbeit wieder. Die Kurzarbeiter sind schlechter dran als die völlig Arbeitslosen, da ihr Lohn bei nur einigen Tagen Beschäftigung vielfach noch unter der mageren Unterstützung steht, die die Arbeitslosen erhalten. Sie „stehen in Arbeit" und leiden die bitterste Not! — Kann es eine noch trefflichere Illustration unserer trefflichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung geben?

Wo aber liegt die Hilfe, wo ist die Rettung? — Hilfe und Rettung liegt allein im Proletariat selbst.

„Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selbst tun!"

In uns selbst, im Proletariat allein, liegt Hilfe und Rettung, in seinem Zusammenschluß, in der Organisation. Vereinzelt sind wir nichts, vereint jedoch die Macht, die alles neu gestalten wird. Auch der arbeitslos gewordene Proletarier muß weiterhin in Reih und Glied mit seinen Arbeitsgenossen marschieren. Denn was an Linderung der Arbeitslosennot in der kapitalistischen Gesellschaft geschehen kann, kann nur geschehen im organisierten Kampfe der Kampforganisationen des Proletariats. Und je stärker Gewerkschaften und Sozialdemokratie aufmarschieren können, um so nachdrücklicher werden sie die Not zu lindern vermögen, um so rascher werden sie eine Gesellschaftsordnung und eine Produktionsweise beseitigen können, die wie die kapitalistische für die große Masse der Menschen nur Entbehrung, nur Not und Elend bringt.

Der Aufstieg der Sozialrentner.

Am Sonntagvormittag fand im „Volkspark" die fünfte Generalversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, Ortsgruppe Halle, statt. Trotz des schwierigen Wetters, das den alten Leuten das Laufen fast unmöglich macht, war die Versammlung gut besucht. Der Tätigkeitsbericht wurde von dem 1. Vorsitzenden Schoenlank gegeben und zeigte ein erfreuliches Bild des Aufstieges der jungen Selbsthilfebewegung der Sozialrentner. Seit dem 1. Januar 1925 hat sich die Mitgliederzahl fast um fünfzig Prozent vermehrt. Es wurden zehn öffentliche Versammlungen, ein Konzert und eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Die Verhandlungen mit den städtischen Behörden nahmen meist einen erfreulichen Verlauf. Es war möglich, reibungslos zusammenzuarbeiten. Dem Verband ist es gelungen, in alle Fürsorgestellen Sozialrentner als Vertreter zu entsenden. Freilich gab es auch viele Nackenschläge. Interessant waren die Ausführungen des Vorsitzenden über die außerordentlich zunehmende Sterblichkeit in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. Ein Beweis dafür, wie die steigende Teuerung auf die Lebenshaltung der alten Arbeitsveteranen wirkt. Die Rechtspflege entwickelte sich gut. Es wurden viele bemerkenswerte Entscheidungen, namentlich in der Unfallfrage, erzielt oder werden noch durchgeführt. Trotz der Schwere der Zeit hat die Invalidenhilfe sich durchhalten lassen, wenngleich das nur mit großen Opfern an Zeit und Arbeit ermöglicht werden konnte. Der Vorstand dankte dann denjenigen Körperschaften und Privatpersonen, die dem Zentralverband und der Invalidenhilfe in großzügiger Weise entgegengekommen sind.

Der Kassenbericht wurde von dem Kollegen Brese gegeben und wies einen erfreulichen Stand auf. Kollege Becker sprach, von dem Ohmann Ferchlandt ergänzt, über den Stand der Invalidenhilfe. — Es setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der Kritik an den Dingen geübt wurde, die verbesserungsbedürftig waren. Die Debatte zeigte, daß die alten Leute noch recht kluge und streitbare Geister für ihre Interessen sind. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Schoenlank und Becker als Vorsitzende, Kollege Kersten und Frau Hartmann als Kassierer, die Kollegen Jesicht und Frau Bornack als Schriftführer, als Revisoren die Kollegen Ferchlandt, Brese und Hanke.

Es wurde dann noch eine Resolution gegen die Fürstenabfindung angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Die am Sonntag, dem 17. Januar, im „Volkspark" abgehaltene Generalversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, Ortsgruppe Halle, wendet sich entschieden gegen jegliche Abfindung der Fürstenhäuser, denn für die notleidenden Invaliden ist kein Pfennig da, während für die Fürsten Millionen vorhanden sind. Sie fordert alle Arbeiter- und Rentnerorganisationen auf, unverzüglich die Vorbereitungen zur Herbeiführung eines Volksentscheides zu treffen."

Das schwarzweißrote Reichsgründungsfest.

Der 18. Januar mußte den sogenannten vaterländischen Verbänden diesmal die Gelegenheit zur Entfaltung einer schwarzweißroten Demonstration bieten. Da Kaisers Geburtstag, Sedanfeier und sonstige Gelegenheiten dazu nicht mehr ganz zeitgemäß sind, muß die Begründung des Bismarckschen Blut- und Eisenregimes dazu herhalten. Stahlhelmer, Wehrwölfe, Jungdos, Kriegervereinler, kurzum alles, was auf Schwarz-Weiß-Rot schwört, wurde gestern mobil gemacht. Etwa 1½ Tausend „Frontkämpfer" vom 14. bis zum 75. Lebensjahr versammelten sich gegen Mittag auf dem Roßplatz, um dort die bekannten Tiraden über Vaterland und wer weiß was zu hören. Mit blaugefrorenen Nasen zog man dann hinter der Lehrlingskapelle Stahlhelm-Seifferts einher, um am Königsplatz die „wuchtige" Kundgebung zu beenden. Es fiel allgemein auf, daß die Stahlhelm- und die ihnen eng verwandten Putschformationen so außerordentlich schwach vertreten waren, wenigstens im Vergleich zu den Kriegervereinlern, die im Zylinder und Bratenrock demonstrierten. Es hat sich erneut erwiesen, daß die Gefolgschaft Duesterbergs in der Hauptsache besteht aus jungen gegen die Republik verhetzten Personen, aus Leuten, die nicht wissen, was sie wollen.

Mögen diese treudeutschen Drahtzieher mit dieser bedauernswerten Gefolgschaft Reichsgründungs- und sonstige Feiern veranstalten soviel sie wollen, auch in den Köpfen derer, die ihnen trotz Fürstenraub, Arbeitslosenelend und Hungersnot noch glauben Gefolgschaft leisten zu sollen, wird es einmal klar werden. Auch diese Leutchen werden über kurz oder lang erkennen, daß es mit der am 18 Januar begründeten Hohenzollern- und schwarzweißroten Reichsherrlichkeit endgültig vorbei ist. Das Deutsche Reich von heute ist eine Republik. Und sie wird langsam, dafür aber um so sicherer diese Elemente abschütteln, die jetzt noch offen gegen sie zu demonstrieren wagen.

Der Winter fordert sein Recht.

Man soll nie zu früh jubeln. Voreiligen Maikäfern und Sträucherknospen ebenso wenig trauen wie superklugen Wetterpropheten. Eine Schwalbe hat noch niemals einen Sommer gemacht, und der Schmetterling, der uns in der Redaktion besuchte brachte uns ebenso wenig Glück wie der sonntägliche Frühlingstag den Frühling selbst. Die Menschen unterliegen gerne der Selbsttäuschung — und sind nachher um so verdutzter, wenn es anders kommt. Wir sind jetzt mitten in der Winterhochsaison, und danach haben wir uns einzurichten. Am Donnerstag ging es schon los. Am Freitag gab es Ruhepause. In der Nacht zum Sonnabend aber kam das Billionenheer der Schneeflocken in Bewegung, flog auf die Erde und deckte die Felder, die Bäume, die Dörfer mit einer dicken weißen Decke zu. Der zweite große Schneefall in diesem Winter.

Draußen vor der Stadt ist die Welt blütenweiß, der Schnee im Stadtinnern muß freilich seine Wandlungen durchmachen. Zu Tausenden tummelten sich gestern die großen und kleinen

Schneebälle

schaffen Lawinen. / Viel Wenig ein Viel!
Ende November hatte Halle kaum 100,
Anfang Januar waren es mehr als 300
Mitglieder der Ortsgruppe des Bundes freier Schulgesellschaften.
Auch auf dich kommt es an!

Hallensser auf der improvisierten Rodelbahn am Galgenberg, auf den steilabfallenden Straßen der Innenstadt hatte der Sipo angestrengt zu tun, um die „Bahn frei!" zu machen, d. h. wie dies die Polizei versteht. Schellengeläute vervollständigte die Melodie des Winters. Ein wahrer Menschenstrom ergoß sich aber nach der Heide und den Brandbergen, der „hallischen Schweiz". Tausende und aber Tausende ergötzten sich auf Rodeln und Skiern in der klaren Winterlandschaft; es war manchmal direkt lebensgefährlich. Hat auch nur ein Vertreter des hallischen Magistrats dieses Treiben da draußen beobachtet, dann wird er in der nächsten Sitzung den dringlichen Antrag auf beschleunigte Schaffung einer städtischen Rodelbahn einbringen. Es würde dadurch erreicht, daß das vielfach lebensgefährliche Gedränge auf den Brandbergen in geregelte Bahnen gelenkt würde, daneben würde wenigstens einigen Dutzend von den Unglücklichen vorübergehend geholfen, denen die weißen Flocken keine Freude bringen.

Ausstellung für Gesundheitspflege des Deutschen Hygiene-Museums.

Nichts liegt den Menschen so nahe und nichts müßte ihn brennender interessieren, als sein eigener Körper und dessen Gesundheit. Merkwürdigerweise herrscht aber über Weniges eine solche Unkenntnis wie gerade über unseren Körper. Ja, Schauermärchen sind eine Menge verbreitet und mit allen möglichen Mitteln und Mittelchen wird fleißig an ihm herumgepfuscht, und die Ratschläge alter Schäfer und alter Weiber stehen noch immer in hohem Ansehen. Sie würden es bald nicht mehr sein, wenn jeder nur etwas mehr über den Bau und das Leben seines Körpers wüßte. Die Gelegenheit dazu will das Deutsche Hygiene-Museum durch seine Wanderausstellungen geben. Es ist dort in großen Zügen der Aufbau unseres Leibes dargestellt, und es ist auch auf die Lebensvorgänge an allen Stellen hingewiesen. Originalpräparate, vor allen Dingen auch durchsichtig gemachte, geben ein besonders anschauliches Bild vom Bau der inneren Organe. Gerade diese durchsichtigen Präparate, die den allermeisten Besuchern noch völlig neu sein werden, sind geeignet, die innigen Beziehungen zwischen Bau und Tätigkeit in einem lebendigen Körper zu zeigen. Die Tätigkeit ist es, die die Ausbildung und Form eines Organes bestimmt, aus der Form können wir dann geradezu seine Tätigkeit ablesen. Die Ausstellung, die im übrigen noch Säuglingspflege, Tuberkulose, Kinderkrankheiten, Berufshygiene, Ernährung, Geschlechtskrankheiten und die Alkoholfrage behandelt, schließt mit der ausdrücklichen Betonung rationeller Gesundheitspflege. Eine vernünftige Gesundheitspflege besteht vor allen Dingen in der Betätigung aller Organe. Die Haut wird gepflegt durch Hautturnen, als Luftbad und Massage; Muskeln, Herz und Atmung werden geübt durch Leibesübungen. Selbst die Verdauungsorgane, von den Zähnen an, brauchen eine Betätigung an nicht durch falsche Zubereitung überfeinerter und entwerteter Nahrung.

Der Zug der Zeit geht in der ärztlichen Wissenschaft, im Schulunterricht und in der ganzen Wander- und Sportbewegung darauf hinaus, durch Selbsttätigkeit Körper und Geist zu ertüchtigen. Diesen Zug noch ganz besonders zu fördern, alle die, die von ihm noch nicht erfaßt sind, für die aktive Gesundheitspflege zu gewinnen und denen, die schon in ihr stehen, neue Anregungen und neuen Stoff zu geben, ist der Hauptzweck dieser Wanderausstellungen. Sie wenden sich an alle Kreise, sie wenden sich ebenso an die heranwachsende Jugend wie an ihre Führer, an die Eltern und Lehrer.

*

* **Führung durch die Ausstellung.** Am Mittwoch, dem 20. Januar abends 6 Uhr, findet in der Ausstellung „Gesundheitspflege" (Aula der Talamtschule) wieder eine öffentliche Führung durch Herrn Stadtarzt Dr. Nebert statt. Wir weisen darauf hin, daß die Ausstellung nur noch bis 24. ds. Mts. geöffnet ist. Ihr Besuch in den wenigen noch in Betracht kommenden Tagen wird daher dringend empfohlen.

*

Hallische Tuberkulosewoche. Die Eröffnung im Thaliasaal, bestehend in einem Vortrag über „Die Bekämpfung der Tuberkulose als Volksseuche" und den Filmen „Der Kampf gegen den Erbfeind" und „Tuberkulosefürsorge", erfolgt heute, Montag, den 18. Januar, abends 7½ Uhr. Eintrittskarten sind noch in den bekanntgegebenen Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse erhältlich. Für die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle stehen Eintrittskarten zu erheblich verbilligtem Preise im Kassenlokal zur Verfügung.

* **Schon wieder ein tödlicher Unfall im Leunawerk.** In der Kohlenverbrennlage geriet der Arbeiter Max Bothe aus Halle, der mit dem Abziehen der Hängewagen beschäftigt war, zwischen zwei solche Wagen und wurde von den Puffern so hart gequetscht, was einen Bruch der Halswirbelsäule und den sofortigen Tod zur Folge hatte. Das ist innerhalb einer Woche der zweite Todesfall, der sich auf dem Werk ereignete. Hat der Betriebsrat wirklich nichts zu der Häufung der Unfälle zu sagen?

Die erste Sitzung des Saalkreisparlaments.

Der Landrat des Saalkreises beruft die erste Sitzung des am 29. November gewählten Kreistages zum 29. Januar, vormittags 11 Uhr, nach dem Kreishause ein. Die Tagesordnung enthält folgende 18 Punkte: 1. Prüfung der Kreistagswahlen, 2. Abnahme der Rechnung der Kreiskommunalkasse für 1924, 3. Bewilligung der Mittel zum Ankauf von Pflastersteinen zur Unterhaltung der Kreisstraßen im Jahre 1926, 4. Uebernahme der Bürgschaft für eine von der Gemeinde Büschdorf bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg aufgenommenes Hypothekendarlehn von 50 000 RMk., 5. Erlaß eines anderweiten Statuts über die Bildung und Zusammensetzung des Amtsausschusses des Amtsbezirks Reideburg, 6. Beteiligung des Kreises an der Errichtung eines Tuberkulose-Krankenhauses in Halle, 7. Aenderung der Satzung des Kreiswohlfahrtsamtes (Aufhebung des § 11), 8. Erlaß einer Steuerordnung für die Erhebung einer Wertzuwachssteuer, 9. Wahl von sechs Mitgliedern des Kreisausschusses auf die Dauer von vier Jahren, 10. Wahl von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern der Rechnungsprüfungskommission, 11. Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung des Saalkreises, 12. Aenderung der Abgrenzung verschiedener Schiedsmannsbezirke, 13. Wahl von Schiedsmännern für die Bezirke Trebnitz, Rothenburg, Brachwitz, Dölau, Niemberg, Dölnitz, Ammendorf I, Wörmlitz, Kaltenmark und von Stellvertretern für die Bezirke Dölau, Ammendorf I und Wörmlitz auf die Dauer von drei Jahren, 14. Wahl der Mitglieder für die Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen bei den Amtsgerichten in Halle, Könnern, Löbejün, Wettin und Alsleben für 1927, 15. Wahl eines Amtsvorstehers für den Amtsbezirk Brachstedt und je eines Amtsvorsteher-Stellvertreters für die Amtsbezirke Rothenburg und Brachwitz, 16. Wahl eines Mitgliedes für das Schauamt für den Kabelsketbach an Stelle des Direktors Wolf in Gröbers, 17. Anderweite Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der Schauämter für den Reideback und den Kabelsketbach, 18. Mitteilung des Kreisausschusses von der Uebernahme der Unterhaltungskosten für mehrere dem Kreise angehörige unvermögende Geisteskranke, Blödsinnige, Blinde und Taubstumme.

*

Ammendorf. Betriebsstilleung. Die im Ortsteil Radewell gelegene frühere Mitteldeutsche Gußeisen- und Federfabrik, welche während des Krieges an die Zünderfabrik Köln verkauft, Handgranatenteile herstellte, soll jetzt vollständig geschlossen werden. Die Fabrikation wurde nach Kriegsende verschiedene Male umgestellt, ohne die nötige Rentabilität zu erreichen. Jetzt wird der Betrieb ausgeschlachtet, die Gebäude sollen als Lager ihre Verwendung finden. Damit fällt eine Erwerbsmöglichkeit für etwa 100 Arbeiter, wie früher beschäftigt wurden, für Ammendorf aus. Die letzten 20 Arbeiter, welche zum Teil eine 25jährige Tätigkeit in dem Betrieb hinter sich haben, werden jetzt entlassen und können nun sehen, wie sie sich und ihre Familie über Wasser halten. — Die Feuerwehr wurde am Sonnabendvormittag kurz nach 10 Uhr alarmiert und rückte mit Automobilwitze nach dem Rittergut Stopau wo im Herrenhaus ein Zimmerbrand ausgebrochen war. Die Wehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten, da das Feuer von der Ortswehr Stopau inzwischen gelöscht wurde. Es hat sich wiederum gezeigt daß die Ammendorfer Feuerwehr unter Leitung ihres bewährten Oberbrandmeisters, Herrn Baumgenieur Joly, die für eine Freiwillige Feuerwehr nur erreichbare Alarmbereitschaft besitzt, denn zwei Minuten nach Ertönen der Feuersirenen rückte die Wehr ab und war in wenigen Minuten auf der Brandstelle.

Wettin. Die Stadtverordneten hielten am vergangenen Donnerstag wiederum eine Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Vorsteher an den Protokollführer Stadtassistenten Müller, das Ersuchen, seine Tätigkeit als Protokollführer bis zur Erledigung des gegen ihn schwebenden Disziplinarverfahrens einzustellen. Im Rahmen einer Ansprache betonte der Vorsteher hierauf, daß er sich während seiner Amtszeit stets bemüht habe das Wohl der Gesamtheit zu fördern und sich streng an die Bestimmungen der Städteordnung gehalten habe. Die gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe müsse er zurückweisen. Er bat die Bürgerlichen um eine Erklärung, ob sie sich zu einer Fraktion zusammengeschlossen hätten. Nach einer kleinen erregten Debatte gab Herr Schwerdt namens der Rechte die Erklärung ab, daß sie zwar keine geschlossene Fraktion bildeten, sich aber kurz mit „Wir und Uns" bezeichnen würden. Nachdem auch der stellvertretende Schriftführer sein Amt niedergelegt hatte wurde Stadtv. Otto Haack zum Schriftführer und Stadtv Lutzemann zum Stellvertreter gewählt. Nach erfolgter Wahl der Kommission und Ausschüsse nahm das Kollegium Kenntnis von der erfolgten Kassenrevision. Wegen einer Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde wegen der Beschwerde gegen den Bürgermeister wurde beschlossen, Berufung beim Minister einzulegen. Den Schluß der Tagesordnung bildeten verschiedene Anträge und Anfragen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wie die Ueberlastung der Gerichte entsteht.

In die Anklagebank des Amtsgerichts Halle trat am Sonnabend ein junges Mädchen, die 18 Jahre alte Arbeiterin Frieda A. Sie war des Diebstahls von einer goldenen Armbanduhr angeklagt. Im Oktober vorigen Jahres war sie zur Aufwartung beim Fleischermeister Wurmstich gegangen. Weder der Herr noch die Frau Fleischermeister hatten es nach vier Wochen für nötig gehalten, zu fragen, ob das Mädchen auch den Lohn brauche, und da nahm sie, als sie wieder zur Aufwartung ging, eine goldene Armbanduhr aus der unverschlossenen Schublade des Schlafzimmers, die mit einem Wert von 20 Mk. angegeben wurde. Die Uhr war absolut unbrauchbar, der Zeiger war ab, die Krone fehlte, so daß das Mädchen die Uhr bei einer Freundin gegen einen Ring vertauschte. Das Mädchen erklärte in seiner Unbeholfenheit, sie habe aus Aerger darüber, daß sie keinen Lohn bekommen, die wertlose Uhr mitgenommen. Jedermann erwartete, zumal da der Fleischermeister seine Uhr wieder hat, jetzt auch aus subjektiven Gründen Einstellung des Verfahrens, doch wurde das arme Mädchen sowohl von Richter wie Staatsanwalt einem Kreuzverhör unterworfen, so daß ein Rechtsanwalt, der als Verteidiger in einer folgenden Sache schon anwesend war, sich freiwillig erbot, kostenlos die Verteidigung zu übernehmen. Er stellte den Antrag auf Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit des Objekts. Eventuell müsse die Angeklagte freigesprochen werden, da sie sich im guten, wenn auch irrtümlichen Glauben einer zivilrechtlichen Selbsthilfe befunden habe. Der Amtsanwalt war jedoch hartnäckig und drückte Vertagung durch, um den Wert der Uhr festzustellen.

Ein zweiter Fall. Auf der Anklagebank saß der Arbeiter Hermann G. aus Bruckdorf wegen Diebstahls eines Damenfahrrades. Der Arbeiterin Ernestine W. war ein Fahrrad auf der Grube von der Heydt gestohlen worden. Als sie bei Schichtwechsel das Fehlen des Rades bemerkte, sagten ihr die Mitarbeiter, das habe ihr der beste Freund gestohlen, nämlich der Angeklagte, der bisher immer mit ihr zusammen nach Hause gegangen war. Sie ging zur Kriminalpolizei und zeigte an, daß ihr ein Fahrrad, so und so aussehend, gestohlen sei, der Verdacht lenkte sich auf jenen. Richtig fand man auch bei ihm „ein Damenfahrrad". Also wurde Anklage erhoben. Im Termin erklärte der Angeklagte, das bei ihm beschlagnahmte Rad gehöre seiner Schwester. Die Bestohlene wurde als Zeugin getragt, ob sie das beschlagnahmte Rad bestimmt als ihr Eigentum wiedererkannt habe und sie mußte erklären, die Polizei habe ihr jenes Rad bisher überhaupt noch nicht gezeigt. Natürlich wurde die Sache vertagt und der Bestohlenen aufgegeben, sich das Rad auf dem Polizeipräsidium anzusehen und Kund zu geben, ob das Rad ihr gehöre oder nicht. Also wurde beschlossen und vertagt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Werksgemeinschaft als der „Retter".

Der Geldenführer Dr. Stadler auf dem Dummenfang.

Lauchhammer, den 14. Januar 1926.

Das Niederlausitzer Kohlengebiet ist durch die im Braunkohlenbergbau seit 1923 zu verzeichnenden, sich des öfteren wiederholenden Krisen zum Versuchskaninchen politischer Konjunkturritter aller Schattierungen geworden. Glaubten im August 1923 die SPD.-Leute unter Leitung ihres rechter Hand linker Hand vertauschenden Emil Wolte die in höchster Drangsal unter den Auswirkungen stärkster Inflation sich windende Arbeiterschaft für ihre verrückten Ideen mißbrauchen zu können, so folgte bald der Stahlhelm mit seiner Werbetrommel für die Revanche. Im Taumel der Unklarheit schlossen sich Krieger und Schützenvereine an. Gegenwärtig suchen die gelben Werksvereinler als Hyänen des Schlachtfeldes der Inflation das Niederlausitzer Industriegebiet nach Beute ab. Ort für Ort bekommt seine Stadler-Versammlung. Die hier am Dienstag stattgefundene Versammlung sah neben den Angestellten der Werke vom Bergrinspektor bis zum Werkstattschreiber auch Landwirtschaft und Gewerbetreibende, Lehrer usw. Diese gaben durch ihren Beifall zu verstehen, daß sie der Arbeiterschaft die Werksgemeinschaft empfehlen, welche Dr. Stadler als das Allheilmittel gegen Krise und wirtschaftliche Not in beweglichen Worten anpries. Komische Kauze, diese Herrschaften, die nie in einem Betriebe der Braunkohle bei Tag oder Nacht, Regen oder Hitze für ein paar Groschen geschanzwerkt haben, die für ihr Teil jede Beeinträchtigung des eigenen Ichs ablehnen, empfehlen anderen, sich selbst die Ruten zu binden, indem sie durch den Eintritt in die Werksgemeinschaft sich jeder Betätigung als denkender Mensch begeben. Das Winden des Dr. Stadler um den Kern der Sache wurde denn auch in der Diskussion von unseren Genossen Dietz (Senftenberg), Ullrich (Bockwitz) und Dietrich und Voigt (Grünewalde) eingehend beleuchtet. Die anwesenden Arbeiter zeigten ebenfalls Herrn Stadler die kalte Schulter; sie pflichteten den Ausführungen unserer Genossen reiflos bei. Der Arbeiterschaft kann nur gesagt werden: Betrachtet diese Gelbenführer als die Wölfe im Schafspelz! Erkennt immer mehr, daß die Interessen der Arbeiter nur vertreten werden in den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei! Schließt Euch diesen an!

Einige Worte noch zu dem Referat Dr. Stadlers. Dieser sieht den Untergang des Abendlandes und will demzufolge die Gefahr, daß die Wirtschaftskrise in eine Wirtschaftskatastrophe ausartet, verhindert wissen durch den engsten Zusammenschluß von Unternehmern, Angestellten und Arbeitern in Berufsständischen innerhalb des gelben Werkvereins. Stadler glaubt, eine Neugeit wäre hereingebrochen und mit ihr wäre jegliche alte Tradition geschwunden, auch der Marxismus (bloß die Fürsten nicht, D. V.). Herr Stadler behauptete prophetisch, seine Werksgemeinschaftsidee sei durchzuführen und sagt allen den Kampf an, die nicht von seiner Idee durchdrungen würden. Nur eine Gesetzgebung höherer Natur (Ermächtigungsgesetz, Diktatur) könnte Hilfe bringen in der Not. Bei seinen Ausführungen erniedrigte sich Stadler derartig, daß er Ausdrücke wie „Hornochsen" und dergleichen benutzte. Ein großer Teil der Anwesenden war empört, und das kam am besten zum Ausdruck in der Diskussion. Nachdem in der Diskussion von unseren Genossen die Absichten der Unternehmer, mit Hilfe der Werksgemeinschaftsidee eine Machtposition für sich zu erobern gründlich beleuchtet worden war, sprach ein dritter Diskussionsredner aus dem Lager der Völkischen. Wenn Isidor Kreil nicht hinter Schloß und Riegel sitzen würde, könnte man glauben, diesen deutschnationalen Kronzeugen vor sich zu haben. Mit Fratzen und Grimassen zog dieser Mensch gegen die Sozialdemokratie und deren Führer zu Felde und forderte durch seine Unflätigkeiten den stürmischen Protest unserer Genossen heraus.

Dr. Stadler mußte in seinem Schlußwort zugeben, daß Völkerbundsidee und Sozialismus ein Ideal ist, welches durchzuführen wäre, wenn die Menschen dazu da wären. Also, Arbeiterschaft, von einem Deutschnationalen wird bestätigt, daß Kriege zu vermeiden sind! Darum wähle nie mehr Deutschnational und schließe dich zusammen in den gewerkschaftlichen Organisationen und den politischen Parteien, dann wird wahr, was heute noch Idee ist und für dich kommt der Völkermaien, der jede Krise, Not und Elend verschwinden läßt!

Artern. Unternehmerwillkür. Als der Streik in der hiesigen Zuckerfabrik im Sommer vorigen Jahres durch die Streikbrecherorganisation der Stahlhelmer verloren wurde, frohlockten die Direktoren mit dem sozialen Mäntelchen der Arbeiterfürsorge einher. Flugs wurde bei Beginn der Kampagne ein hoher Akkord- und Stundenverdienst noch über den Tariflohn versprochen und auch teilweise gezahlt. Jedoch das Unglück schreitet schnell über eine Belegschaft, die den Versprechungen der Unternehmer mehr glaubt, als das von den Organisationsvertretern schon so oft gesagte und in der Praxis von der Arbeiterschaft Erlebte. Jetzt ist es wieder einmal eingetroffen. Bei Schluß der Kampagne wurde jeder Arbeiter rücksichtslos entlassen, der mit dem von der Direktion eigenmächtig festgesetzten Stundenlohn von 50 Pfennig nicht einverstanden war. Die Reue über den Austritt aus der Organisation kommt nun zu spät. Genau so wird es eines Tages den hiesigen Metallarbeitern gehen, wenn sie sich nicht auf ihre Organisation besinnen. Arbeiter, macht es den Unternehmern nach, und Ihr bestimmt Eure Löhne.

Kelbra. Freidenkerbewegung. Am Donnerstag fand nunmehr, nachdem alle Vorarbeiten erledigt waren, die Gründungsversammlung der hiesigen Gruppe der proletarischen Freidenker statt. Die Versammlung war gut besucht. Alle Anwesenden traten der Gruppe bei. Nachdem die Vorstandswahlen, die Festsetzung der Beiträge und die Einführung in das Programm erledigt waren, wurden die agitatorischen Aufgaben der Gruppe in der nächsten Zeit besprochen. So wurde vor allem für Sonnabend, den 23. Januar, eine öffentliche Versammlung mit einem Leipziger Redner festgesetzt. Zu dieser Versammlung soll die hiesige Geistlichkeit, sowie die Lehrerschaft eingeladen werden. Wir ersuchen schon jetzt alle Genossinnen und Genossen, für diese Versammlung eine lebhafte Propaganda zu entfalten.

Eilenburg. Stadtverordnetensitzung. Ueber die anfangs voriger Woche stattgefundene Stadtverordnetensitzung, in welcher bei der Vorstandswahl das Los eine überraschende Wirkung auslöste, worüber wir bereits berichteten, ging uns noch nachstehender Bericht über die übrige Verhandlung zu. An Stelle des zurückgetretenen Stadtrats Fischer wurde unser Genosse Wiewald eingeführt. Bei der Wahl der Bezirksvorsteher wurden an Stelle der von bürgerlicher Seite Vorgeschlagenen die der kommunistischen gewählt. Zu wählen waren nur die drei freigewordenen Stellen, und zwar für den 20. Bezirk Hugo Hartung, Steinstraße 8, für den 21 Bezirk Gustav Fuchs, Steinstraße 44, für den 31. Bezirk Paul Köbig, Mittelstraße 18. Die Beschlußfassung über Aufnahme einer Anleihe zum Bau eines Stadtbades im Stadtpark brachte eine längere Debatte. Die Begründung erfolgte durch den Oberbürgermeister und den Stadtbaurat. Das Stadtbad wird auf der Aepfelwiese im Stadtpark neben dem Biebschen Grundstück errichtet. Die Kosten sollen 110 000 Mark betragen. Der Magistrat, die Finanzdeputation und die Deputation für Leibesübungen haben sich vorher in mehreren Sitzungen damit beschäftigt und ihre Zustimmung gegeben. Die Arbeit ist als Notstandsarbeit zu betrachten. Stadtv. Genosse Eschauer hob hervor, daß es das Verdienst der SPD.-Fraktion sei, daß die Stadt ein eigenes Bad bekomme. Sie habe schon in früheren Jahren die Forderung vertreten und diese sei nun durch die große Arbeitslosigkeit eine dringende Angelegenheit geworden. Die Errichtung des Bades an der Insel Alsen wäre in sportlicher und sonstiger Beziehung idealer gewesen, sei aber infolge der Wasserverhältnisse und des weiteren Weges nach dieser Stelle verlegt worden. Von einer Verschandelung des Stadtparkes könne keine Rede sein. Dem beim Magistrat eingegangenen Dringlichkeitsantrag, einen 5 Meter breiten Streifen von dem Gelände an den Ruderklub abzutreten, wäre die Fraktion nicht beigetreten, wenn nicht das Bad auf der anderen Seite vergrößert worden wäre. Stadtv. Metzig erklärte, daß auch die bürgerliche Fraktion dafür sei. Er schlug vor, daß man als Notstandsarbeit noch den Bruch in der Fischeraue durch Abtragung des Berges zuschütten könne. Der Stadtbaurat halte Bedenken technischer Art. Genosse Quitzsch sagte ihm, man solle die Angelegenheit als weitere Notstandsarbeit prüfen und im Auge behalten. Bei dieser Gelegenheit kam noch ein Dringlichkeitsantrag der SPD.-Fraktion zur Verlesung, der fordert, daß man als nächste Notstandsarbeit die Einbeichung der Schlaaue bei den niedrigsten Stellen vorwärts treiben müsse. Stadtv. Plath (SPD.) äußerte sich auch zustimmend zum Bau und zu den weiteren Notstandsarbeiten und stellte den „Spaziergänger" in den „E. N. N." bloß, welcher schreibt, daß die gute Badegelegenheit in der Mulde und beim „Vater Liebs" vorläufig genügend sei und man sollte lieber Wohnungen schaffen. Plath meinte, daß der Schreiber dieser Zeilen wohl in der Mulde noch gebadet habe oder noch nie das Bedürfnis gehabt hat zu baden. Genosse Quitzsch und der Oberbürgermeister stellten fest, daß Mittel zum Wohnungsbau in der Stadt von der Erwerbslosenfürsorge nicht gegeben würden. Die beiden Anträge sowie die Vorlage wurden einstimmig angenommen. Weiter beschloß man die Errichtung einer 1. Klasse in der Mittelschule, nachdem Rektor Grigel über verschiedene Fragen noch Auskunft gegeben und sich die drei Fraktionen zustimmend geäußert hatten. Am standen die Anträge der Erwerbslosen zur Debatte. 1. Antrag: a) Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten; b) Beschaffung von Schuhzeug für die Notstandsarbeiter; c) Besondere Geldunterstützungen; d) Bereitstellung eines Zimmers für den Erwerbslosenrat; e) Errichtung einer Wärmehalle. 2. Antrag: a) Erhöhung der Unterstützung um 100 Prozent; b) Beseitigung der Karenzzeit; c) Sofortige Aufnahme aller Ausgesteuerten in die Erwerbslosenfürsorge; d) Aenderung aller Karenz- in Muß-Vorschriften; e) Enteignung aller Fürsten zugunsten der Erwerbslosen usw. Stadtrat Genosse Burckhardt stellte nach Begründung der Anträge durch den kommunistischen Stadtverordneten Riegel fest, daß trotz der schlechten finanziellen Verhältnisse die Stadt ihr Möglichstes getan habe und noch tun werde, was in ihren Kräften steht. Der zweite Antrag sei eine Angelegenheit der politischen Parteien, da die Kommunen nicht zuständig seien. Die Stadtverordneten Müller, Plath, Quitzsch und der Oberbürgermeister nahmen teils für, teils gegen, teils zur Aufklärung das Wort. Es wurden verschiedene Anträge dazu gestellt. Bei der Abstimmung wurden die Anträge 1 und 2 in ihrer Gesamtheit abgelehnt. Der bürgerliche Antrag hierzu wurde gleichfalls abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, Ziffer a, b und e des Antrages 1 anzunehmen, Ziffer c und d dem Magistrat erneut zur Prüfung zu überweisen, wurde angenommen. Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der SPD., in welchem der Magistrat ersucht wird, der nächsten Stadtverordnetensitzung im Februar eine Uebersicht über den Stand der städtischen Finanzen vorzulegen, wurde einstimmig angenommen. Eine Entschließung der SPD., welcher eine kurze Debatte vorausging und die besagt: „Für die Bauperiode 1926 sind die Mittel aus der Hauszinssteuer nur für einfache Wohn- und Heimstätten (nicht für Villen), und zur Erhaltung der Altwohngrundstücke zu verwenden", wurde mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Nach vierstündiger Tagung hatte die öffentliche Sitzung ihr Ende erreicht.

Eilenburg. Jahresversammlung des Reichsbanners. In der sehr gut besuchten Jahresversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erstattete der Vorsitzende Kamerad Horn den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß die Tätigkeit der Ortsgruppe im vergangenen Jahr eine sehr rührige war, denn neben 19 Vorstandssitzungen haben nicht weniger als 13 Mitgliederversammlungen stattgefunden. In Bedeutsamkeit wurde eine Gerätegruppe gegründet, die nur noch des Ausbaues durch den Kreisvorstand bedarf. Bei verschiedenen Veranstaltungen des Reichsbanners, teils der eigenen Ortsgruppe, teils auswärtiger Ortsgruppen, waren die Kameraden zahlreich vertreten. Auch der Kassenbericht, den Kamerad Mäke erstattete, ist als ein guter zu bezeichnen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandsneuwahl ergab einstimmige Wiederwahl der amtierenden Vorstandsmitglieder, bis auf kleine Aenderungen. — Anschließend an den Vorstandsbericht hielt Kamerad Rektor Tschanter einen Vortrag über Rück- und Ausblicke des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Seine treffenden und beherzigenswerten Ausführungen ernteten reichen Beifall. Vom Kreisvorstand wurde noch mitgeteilt, daß am 1. und 2. Pfingstfeiertag in der Dübener Heide (Eisenhammer) ein Jungbannertreffen stattfindet. Die Ortsgruppe Paschwitz veranstaltet am 30. Januar eine Werbeversammlung. Jeder Kamerad hat die Pflicht, daran teilzunehmen. Näheres folgt noch.

Torgau. Kraftpostverbindung Torgau—Großtreben—Prettin. Wie uns vom Postamt mitgeteilt wird, erfährt unsere bisher gut eingeführte Kraftpostverbindung nach Prettin vom 20. Januar an eine weitere Verbesserung durch Einführung zweier Nachmittagsfahrten. Außerdem sind noch einige kleine Aenderungen vorgenommen worden, so daß es im Interesse aller liegt, sich den an die bisherigen Aushangstellen verteilten Fahrplan anzusehen, sollen nicht unliebsame Versäumnisse eintreten. Die Fahrten schließen nunmehr an die Eisenbahnzüge von Halle (Saale) und Leipzig um 8.20, 1.12, 4.13 und 8.14 Uhr abends, von Falkenberg um 8.36, 12.48, 4.04 und 6.52 Uhr abends, von Pretzsch (Elbe) um 6.55, 11.19 und 3.58 Uhr, von Belgern W 6.55, 12.37, W 3.58 Uhr, und zwar 8.45, 1.20, 4.20 und 8.25 Uhr abends ab Bahnhof Torgau an und treffen in Prettin 9.55, 2.30, 5.23 und 9.35 Uhr abends ein. Die Rückfahrt erfolgt ab Prettin 5.45 nachts, 10.10, 2.50 und 5.43 Uhr zum Anschluß an die Eisenbahnzüge in Torgau Bahnhof 7.08, 11.35, 4.06 und 6.55 Uhr abends nach Halle (Saale) und Leipzig 7.08, 11.35, 4.06 und 6.55 Uhr abends, nach Falkenberg 7.30, 1.15, 4.14 und 8.16 Uhr abends, nach Pretzsch (Elbe) um 9, 1.35 und 6.56 Uhr abends, nach Belgern um 11.36 und 7 Uhr. Die Fahrten berühren in Torgau auch weiterhin das Kreishaus (Paradeplatz), Markt und Postamt mit Haltestellen, außerdem Kreischau, Zweithau, Rosenfeld, Deutschen, Großtreben und Lichtenburg.

Schmiedeberg. Protestkundgebung. Einen guten Besuch wies auch hier die vom Reichsbanner einberufene Protestkundgebung gegen die Fürstenabfindung auf. Der Redner, Rektor Tschanter (Eilenburg), fand mit seinem Standpunkt, daß die Fürsten sich ebenso zu bescheiden hätten wie die kleinen Sparer, Rentner usw., fast allgemeinen Beifall, was sich auch in den Reden der Diskussionsredner bemerkbar machte. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, worin flammender Protest gegen die beabsichtigte Abfindung der Fürstenhäuser erhoben und diese beabsichtigte Abfindung als Raubzug gegen das deutsche Volk, dessen Not ein bisher ungekanntes Maß erreicht hat und dessen soziales Elend keine Grenzen mehr kennt, bezeichnet wird. Falls die gesetzgebenden Körperschaften diesen Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung durch Erlaß eines angemessenen Gesetzes gemäß Artikel 153 der Reichsverfassung nicht verhindern können, verlangt die Versammlung, daß das Volk selbst durch Volksentscheid sein Urteil über die volksfeindlichen Ansprüche der ehemaligen Fürsten spricht.

Schmiedeberg. Deutschnationale Rüpel. Die Protestversammlung gegen die Abfindung der ehemaligen Fürstenhäuser, wirft bereits ihre Schatten. Die glänzende Abfuhr welche jene Herrschaften erhielten, verleitete einige Rechtsradikale zu Schimpfereien auf die Republikaner und auf das Reichsbanner im besonderen. Aber damit noch nicht genug: In der Nacht zum Montag wurde einem Kameraden, der ein bischen abseits wohnt und dessen Frau allein zu Hause war, nach Zertrümmerung der beim Hause stehenden städtischen Lampe durch einen Steinregen eine große Fensterscheibe zertrümmert. Wie durch ein Wunder blieb die im Zimmer anwesende Frau unverletzt. Am Montagabend wurde auf der Türschwelle ein Brief aufgefunden, in welchem gesagt wurde, es sei bloß eine Abschlagszahlung, die anderen Gesinnungsfreunde bekämen auch noch ihren Denkzettel. Der Brief führte dann im Laufe des Dienstags zur Ermittelung der Täter. Es sind dies drei junge Leute vom Klub „Schädel ohne Gehirn" (Wehrwolf), darunter der Sohn des ehemaligen Stadtverordnetenvorstehers R. (Din.). Hoffentlich bekommen diese Rüpel ihre gerechte Strafe.

Schmiedeberg. Starke Zumutungen. Lohnabschlagszahlungen bis zu 2 Mark, sage und schreibe zwei deutsche Reichsmark, leisteten sich die hiesigen Keramischen Werke, das höchste waren 6 Mark. Die Werke leiden angeblich unter Geldknappheit und schulden den Arbeitern 100 bis 200 Mark pro Mann, die jedoch mit 10 Prozent verzinst werden sollen. — Wir fragen, ob das Arbeiten wirklich noch einen Sinn hat, wenn der Arbeiter nicht

---

Der Spuk von Lindenberg.

Roman von Otfrid von Hanstein.

Copyright 1925 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

44. (Nachdruck verboten.)

Schlüter hatte auch in langer Depesche davon berichtet, daß Bill Jefferson behauptete, Leipzig nicht verlassen zu haben und welche Zeugen diese Aussage bekräftigten. Man hatte beschlossen, daß die vielen Personen, die Jefferson genau kannten, ihn nacheinander und unbeeinflußt sehen und sich ihr Urteil bilden sollten.

Am Auto stand Staatsanwalt Möllenhof.

Bill Jefferson stieg aus.

Möllenhof warf einen scharfen Blick auf den Amerikaner.

„Guten Morgen, Mister Jefferson! So dachten Sie wohl nicht, daß wir uns wiedersehen?"

Jefferson lächelte verbindlich:

„Gewiß nicht, denn da ich bisher überhaupt nicht das Vergnügen hatte Sie zu sehen, Mister, so konnte ich mir auch über ein Wiedersehen nicht den Kopf zerbrechen."

Staatsanwalt Möllenhof war empört.

„Wollen Sie vielleicht leugnen, daß Sie Bill Jefferson sind?"

„Aber durchaus nicht —"

„Dann haben Sie die Frechheit —"

Schlüters Hand legte sich beguügend auf seinen Arm. „Herr Staatsanwalt — wollen wir den Mann nicht erst hineinbringen lassen?"

„Sie haben recht, aber so eine Frechheit —"

Drinnen stand Landgerichtsrat Hammacher. Er sah den Amerikaner lange und prüfend an — Jefferson trat von selbst auf ihn zu.

„Guten Morgen — ich kann mich leider nicht auf Ihren Namen besinnen, denn ich habe Sie nie gesehen, aber ich weiß, daß Sie mich jetzt fragen werden, ob ich mich an Sie erinnere."

„Ich bin der Landgerichtsrat Hammacher."

„Freut mich sehr, und nun — stellen Sie mich hier nicht aus wie ein wildes Tier. Ich kann es wirklich nicht ändern — es ist ebenso unumstößlich sicher, daß ich der Detektiv Bill Jefferson bin der Steeles-Co. in Neunork bin, wie daß ich niemals in meinem Leben weder in Lindenberg noch in Augsburg oder München war. Die Schandtaten, die da in meinem Namen verübt wurden, muß also tödlicher ein Doppelgänger verübt haben, von denen Existenz ich keine Ahnung hatte und der mir ja fabelhaft ähnlich sehen muß. Ich stelle mich Ihnen sehr gern in jeder Weise zur Verfügung, denn es ist klar, daß ich selbst an der Ergreifung dieses Doppelgängers ein noch viel größeres Interesse habe, als Sie selbst."

Möllenhof zuckte es in allen Gliedern — Hammacher blieb ruhig.

„Der Fall ist sehr schwierig. Ich habe von Herrn Dr. Schlüter über die Erkundigungen in Leipzig gehört, die Ihre Aussage bekräftigen, daß Sie Leipzig seit über einem Monat nicht verlassen, und doch — ich muß sagen — auch ich möchte schwören —"

Jefferson setzte sich unaufgefordert nieder.

„Dann tun Sie das lieber nicht, Herr Landgerichtsrat, und erzählen Sie mir die ganze Geschichte. Ich habe immerhin in kriminalistischen Dingen eine kleine Erfahrung, und es wäre nicht unmöglich, daß ich Ihnen nützlich sein könnte."

Während Möllenhof die formiale Ungenauigkeit und Sicherheit des Amerikaners schon wieder empörte, blieb Hammacher ruhig.

„Sie werden es uns nicht verdenken, daß wir bei der jedenfalls verblüffenden Aehnlichkeit, die Sie in jedem Falle mit dem unter ihrem Namen aufgetretenen Manne haben, uns zuerst Gewißheit zu schaffen suchen und Sie noch mehr Zeugen gegenüberstellen."

„Wie Sie wünschen —"

Kommerzienrat Gugenheim wurde hereingeführt — choleriſch wie er war, erkannte er in dem Amerikaner sofort den Gesuchten.

Sanitätsrat Scholer sah ihn lange an. „Mir war, als habe unser Bill Jefferson etwas weniger grau und — aber ich kann mich irren."

Der Geheimrat — der Ober aus dem Hotel, in dem Jefferson gewohnt, alle waren sofort entschieden.

„Natürlich ist er's!"

Jetzt wurde Amtsrichter Roland hereingeführt — er war sehr bleich und vergrämt, er sah aus wie ein Schwerkranker. Man hatte ihm nichts davon gesagt, welchen Verdacht man Bill Jefferson gegenüber hegte. Vorläufig glaubte er noch, daß alle Anschuldigungen auf ihn allein lägen — er selbst kannte die Schwere dieser Verdachtsgründe, und wußte doch selbst von allem, was geschehen, nicht das Geringste. Man hatte ihm auch nicht gesagt, wen er jetzt sehen sollte.

Er trat ein, geführt von einem der Krankenwärter, die Professor Frankhofer mitgebracht hatte.

Während der Beobachtung seines Geisteszustandes war in der Tat aus ihm ein Kranker geworden.

Mitleidig hatte Sanitätsrat Scholer gebeten, auch Gerda seine Anwesenheit zu verbergen. Der Anblick des Roland, wie er jetzt hier stand — ein gebrochener Mann — hätte sie aufs neue selbst niedergeworfen.

Roland stand an der Tür — sein Blick fiel auf Jefferson — einen Augenblick war nur Staunen in seinen Zügen, dann etwas wie Hoffnung. Er ging auf ihn zu:

„Herr Jefferson — Sie waren der erste, der auf mich den Verdacht warf! Sie haben mich damals aus dem Zimmer gewiesen, als ich zu Ihnen kam. Ich bitte Sie — ich war Ihnen doch auch gefällig, als Sie in meinem Bureau arbeiteten. Helfen Sie mir jetzt! Klären Sie die gesamte Wahrheit auf! Und wenn sie mich selbst vernichtet! Nur Klarheit geben Sie mir — Sie müssen es können!"

Er hatte so eindringlich, so ergreifend und schmerzlich gesprochen, daß seine Worte auf alle Eindruck machten.

Bill Jefferson streckte ihm die Hand entgegen. „Seien Sie überzeugt ich werde Sie nicht im Stich lassen, Herr Amtsrichter."

Wieder eine Bewegung unter den Hörern — Staatsanwalt Möllenhof sprang auf:

„Er hat sich verraten! Nun geben Sie Ihr Leugnen auf! Sie haben dem Amtsrichter gegenüber sich selbst vergessen! Sie haben zugegeben, daß Sie ihn kennen!"

Jefferson lächelte ironisch:

„Verehrter, junger Herr Staatsanwalt —"

Das Wort „jung" machte Möllenhof noch ärgerlicher.

„Ich verstehe Sie nicht recht. Wenn mir Herr Kollege Schlüter" — Jefferson betonte immer den „Kollegen" — „sagt, daß sich hier alles um die Taten eines Amtsrichters Roland dreht, den dieser sagenhafte Bill Jefferson, der ich leider nicht bin, verhext haben soll, dann ist es klar, daß ich der Namen kenne. Wenn ferner ein Mann, dem man die Leidensgeschichte eines unschuldig Beschuldigten an den Augen abliest, auf mich zutritt und mich um meinen Beistand bittet, so weiß ich ich in der Tat nicht, wieso ich mich, wie Sie sich übereilt auszudrücken beliebten, verraten habe."

Jetzt mischte sich Hammacher ein:

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0006

einmal so viel Lohn am Lohntage erhält, daß er sich Brot kaufen kann?

Schmiedeberg. Neuer Stadtverordnetenvorsteher. In der vorletzten Sitzung wurden die Wahlen zum Bureau der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen. Es wurden gewählt, bei einer überwiegenden rechten Mehrheit, zum Vorsteher: **Kopkau** (SPD.), zum Stellvertreter **Meske** (SPD.), zum Schriftführer Hermann Richter (Mieter). Unsere Partei hat in der Versammlung eine Stimme, die SPD. zwei, bei 16 Stadtverordneten.

Grünewalde. Aus der Partei. Eine kürzlich stattgehabte Hauptversammlung der Genossinnen der hiesigen Ortsgruppe hat einstimmig beschlossen, daß die Frauenabende für dieses Winterhalbjahr in dem Vereinslokal von Schmidt abgehalten werden. Die Wünsche einzelner Genossinnen, das Versammlungslokal zu wechseln, finden im kommenden Jahre Berücksichtigung. Für dieses Jahr heißt es, tatkräftig arbeiten, damit die Zahl der Genossinnen immer größer wird. Alle Arbeiterfrauen und erwachsene Töchter gehören in unsere Frauengruppe. Hier findet ihr Schwestern mit gleichen Bestrebungen. Für die „vaterländischen" Frauen bedeutet ihr nur Staffage. Am kommenden Mittwoch beginnt eine Serie von Vorlesungen. Also erscheint alle in diesen Zusammenkünften und bringt neue Genossinnen mit.

Grünewalde. Die Tätigkeit der Arbeitersportvereine hat sich im Winterhalbjahr neben der sportlichen Betätigung auch die gesellige Unterhaltung ihrer Mitglieder und Freunde angelegen sein lassen. So wird, nachdem der Arbeiter-Radfahrerverein in dieser Richtung schon durch mehrere Veranstaltungen, die sich sämtlich eines guten Besuches erfreuten, vorangegangen ist, die Freie Turnerschaft am Sonntag, dem 24. Januar, im Lokal von Schmidt ein Kostümfest veranstalten. Die Arbeiterschaft wird diese Veranstaltung hoffentlich zahlreich besuchen.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 18. Januar 1926.

* **Der Merseburger Magistrat** ersucht um Entnahme von Fürsorgescheinen für Bettler; man soll letzteren weder Geld noch Lebensmittel verabfolgen, sondern nur städtische Fürsorgescheine. Die Maßnahme ist zu begrüßen, weil hier auch allerlei Leute betteln gehen, die es gar nicht nötig haben, zum Teil sogar — wie festgestellt ist — noch in Arbeit stehen. Den wirklich Hilfsbedürftigen soll geholfen werden.

* **Die Erwerbslosenzahl steigt wieder.** Gegen die Vorwoche ist beim Schluß der letzten Woche eine Steigerung um reichlich 100 Personen eingetreten. Es sind jetzt 402 Erwerbslose (363 Männer und 39 Frauen) vorhanden, zu denen noch 497 versorgungsberechtigte Angehörige und 100 Notstandsarbeiter kommen, zusammen 1099 Personen, die von der Erwerbslosenfürsorge erfaßt werden.

* **Raufbolddliste.** Von dem Merseburger Bezirksausschuß ist eine Polizeiverordnung genehmigt worden, nach welcher die notorischen Raufbolde — genau wie die notorischen Trinker — in die Raufbolddliste eingetragen und in den Wirtschaften ausgehängt werden, damit diesen von den Wirten weder der Aufenthalt in der Wirtschaft erlaubt, noch geistige Getränke verabreicht werden. — Diese Maßnahme ist bereits in verschiedenen Provinzen durchgeführt. Der „Klassenkampf" reagiert sich darüber auf und tobt auch in diesem Falle gegen den Regierungspräsidenten. Er befürchtet, daß die Verordnung auch gegen Arbeiter in Anwendung kommen könnte, die sich aus politischen Gründen zu Raufereien hinreißen lassen. Wir glauben nicht, daß dies geschehen kann gegenüber einem Menschen, der sich im Zorn einmal zu Tätlichkeiten hinreißen läßt, was wohl auch niemand billigen würde, aber vorkommen kann. Wer aber gewohnheitsmäßig in Versammlungen usw. die rohe Kraft zur Geltung zu bringen versucht, verdient mit Raufbolden auf eine Stufe gestellt zu werden. Ist der „Klassenkampf" der Meinung, daß sich unter seinen Anhängern solche Elemente befinden?

* **Zwei Einbrecher,** die in Leuna einen Kaufmann um 300 Mk. in Waren und 30 Mk. aus der Kasse bestohlen hatten, wurden von der hiesigen Polizei gefaßt und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Leuchtstädt. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters wurde ein hiesiger Lehrer und Stadtverordneter von Schöffengericht in Halle zu 300 Mark verdonnert. Der Grund liegt in kommunalen Verhältnissen, die der Anlaß zu verschiedenen nicht stichhaltigen und unqualifizierten Beschwerden seitens des Verurteilten über den Bürgermeister an vorgesetzte Behörden waren.

Schkeuditz. Zusammenstoß. Beim hiesigen Orte fuhr der Merseburg—Schafstädter Zug einen Sand-Kraftwagen mit Anhänger aus Teutschenthal an, wodurch der Kraftwagen in die Brücke ging. Der Anhänger wurde auf die Seite geschleudert. Der B. sitzer und Führer des Wagens, der das Läutesignal des Zuges nicht gehört haben will, erlitt leichte Kopfverletzungen.

Ruschwitz. Die alte Schule bekam vor Weihnachten plötzlich Risse. Jetzt mußte sie baupolizeilich geschlossen werden. Der Unterricht wird durch Benutzung des Konfirmandensaales aber aufrecht erhalten.

Bedra. Wucherpreise. Der deutschnationale Amtsvorsteher wird gefragt, wie lange er die hohen Preise für Milch, Butter und Fleischwaren im Amtsbezirke duldet. Im Verhältnis zu den Städten Merseburg, Weißenfels, sogar Leipzig, wird in die hiesige Arbeiterbevölkerung derb gerupft und ausgebeutet. Gegen Gesinnungsgenossen vorzugehen, fällt dem Amtsvorsteher wohl schwer. Warum hält er sonst gegenüber dem hiesigen Gut mit Maßnahmen zurück, die das öffentliche Wohl erfordert? Wenn Abstellung des Mißstandes nicht erfolgt, müssen wir uns weiter an höhere Stellen wenden.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, den 19. Januar.

4 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 5.30 bis 6 Uhr: Leseproben. 6.30 bis 7 Uhr: Esperanto-Kursus. 7 bis 7.30 Uhr: Prof. Dr. Eduard Sievers: „Schallanalyse". 7.30 bis 8 Uhr: Prof. Dr. Boltered: „Rassenverbesserung bei Pflanzen." 8.15 Uhr: Russische Volksmärchen. 1. Glinka: Ruslan und Ludmilla, Ouvertüre. 2. Wer ist der Dümmere? a) Wer ist der Dümmere? b) Der Maulheld; c) Scharbarscha und der dumme Teufel. 3. Tschaikowsky: Chant. sans paroles. 4. Iwan, der Feuervogel und der graue Wolf. 5. Russische Volksklänge, Suite (bearb. von Fetras). 6. Gut und schlecht: a) Gut und schlecht; b) Der Storch und die Rohrdommel; c) Die Fünf im Handschuh. 7. Tschaikowsky: Russischer Tanz aus der „Nußknacker-Suite". Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr: Funkkrotti.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Dienstag: 8 bis 5 Uhr nachm.: Vorträge der Deutschen Welle. Abends 8.30 bis 10 Uhr: „Das deutsche Lustspiel bis Lessing." 1. Der fahrende Schüler im Paradeis. 2. Den bösen Mann gut zu machen. 3. Der gestohlene Fastnachtshahn. Von Hans Sachs. — In der Bearbeitung von Max Bauer.

*

Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands e. V., Ortsgruppe Halle. Am Mittwoch, dem 20. Januar, findet im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Ingenieurs Wiebach, 2. Wichtige Besprechungen betr. unserer Ausstellung, 3. Wahl eines Delegierten zur Reichskonferenz, 4. allgemeine Aussprache. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu dieser Versammlung zu erscheinen, damit das Gelingen unserer Ausstellung nicht in Frage gestellt wird.

Wetter-Voraussage

Dienstag: Ziemlich heiter, trocken, starker Frost.
Mittwoch: Etwas wärmer, ziemlich trüb, etwas Niederschläge.

Gewerkschaftliches.

Wirtschaftliche Probleme.

Die Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre im „Volkspark" am Sonnabend erfreute sich leider nur eines schwachen Besuches. In einer Zeit, wo jeder nach einem Ausweg aus der Wirtschaftskrise sucht, müßte auch die Arbeiterschaft als die am schlimmsten davon betroffene Volksschicht jede Gelegenheit wahrnehmen, um wirtschaftliche Fragen zu erörtern. Was nützt das Geschrei von der Einheitsfront der Arbeiterklasse, wenn man sich nicht durch öftere sachliche Aussprachen über die zu beschreitenden Wege klar zu werden versucht. Das Referat des Kollegen Eggert vom Vorstand des ADGB. war gewiß nicht unanfechtbar, aber es enthielt doch viele Richtlinien, nach dem das Problem der Wirtschaftskrise zu lösen ist. Im Gegensatz zu der determinierten Denkschrift Arbeitgeberverbände, die als Rettung auf der Wirtschaftskrise Lohnabbau und Abbau der sozialen Fürsorge, Arbeitszeitverlängerung, Beseitigung des Schlichtungswesens usw. verlangt, um mit dem Ausland konkurrieren und mehr Waren ausführen zu können, vertritt Eggert mit dem Bundesvorstand den Standpunkt, daß der innere Markt gekräftigt werden müsse, was nicht Lohnabbau, sondern Lohnerhöhung erfordere, damit der Hauptteil der Konsumenten, die Lohn- und Gehaltsempfänger, kaufkräftiger werden. Nach diesem Prinzip werde in den Vereinigten Staaten von Amerika Wirtschaftspolitik getrieben, mit dem Erfolge, daß dort bezüglich Krisen wie in Europa nicht zu verzeichnen sind. Eine zweite Notwendigkeit sei die Rationalisierung der Wirtschaft, die Ausschaltung aller parasitären Unternehmungen in Produktion und Handel und die organisatorische und technische Verbesserung der Betriebe. Letztere sei in Europa und ganz besonders auch in Deutschland in den Kriegs- und Inflationsjahren versäumt worden, und die Folge davon sei die jetzige Wirtschaftskrise.

Der Redner schilderte dann in weitem Ausmaße die Produktionsweise in Nordamerika, das Ford- und Bandsystem, das durch Typisierung und Normalisierung der Waren eine kolossale Verbilligung derselben gestatte. Auch Europa und Deutschland müsse diese Produktionsweise einführen, wenn es wieder konkurrenzfähig sein will. Sache der Arbeitnehmer sei es, durch ihre Gewerkschaften einen Einfluß auf diese Produktionsweise auszuüben, damit sie nicht zum Fluch für die Arbeiterklasse werden.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, so meinte der Redner, werde schlimmer hingestellt als sie sei. Es liege keine Veranlassung vor, schwarz in schwarz zu malen, und von dem Unternehmertum geschehe das nur, um die Löhne zu drücken. Unter bester Fürsorge für die Erwerbslosen müsse die Krise durchgehalten werden, denn sie werde die leistungsunfähigen und überflüssigen Betriebe ausschalten und die übrigen zwingen, ihre Produktion durch organisatorische und technische Verbesserungen leistungsfähiger zu machen.

In der Diskussion machte Kollege Schönlank einige berechtigte Zweifel geltend, daß amerikanische Verhältnisse sich schematisch auf andere Länder übertragen ließen. Aber auch in Amerika werde der Kapitalismus bald vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen wie in Europa. Die Folge werde sein, daß Nordamerika Imperialismus treiben werde, und zwar mit den furchtbaren Mitteln, die ihm sein Reichtum gestatten. Wolle die europäische Arbeiterschaft dadurch nicht erdrückt werden, müsse sie Mittel und Wege suchen, um die unsäßige privatkapitalistische Leitung der Betriebe in die Hände zu bekommen.

Zwei weitere Diskussionsredner schweiften leider vom Referat ab und gaben daher dem Referenten wenig Gelegenheit, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Bei der Erwerbslosenfürsorge müsse die Aufbringung der Mittel mit in Betracht gezogen werden. Auf einen Zwischenruf „Fürstenabfindung" antwortete Kollege Eggert, daß der Bundesvorstand sich für einen Volksentscheid erklärt habe, wenn er die Schwierigkeiten eines solchen auch nicht verkenne. Bei dieser Gelegenheit gab der Redner auch eine plausible Erklärung für die bisher noch unterlassene Beantragung eines Volksentscheids über den Achtstundentag. Anknüpfend an Schönlanks Ausführungen machte Kollege Eggert dann noch längere Ausführungen über die Gewerkschaftsbewegung, die so interessant waren, daß ein großer Teil der Besucher noch bis nach Mitternacht ausharrte und gespannt zuhörte.

Nächstende Resolution wurde dann gegen einige Stimmenthaltungen angenommen:

„Die deutsche Wirtschaft wird von Krisen erschüttert. Das Unternehmertum verzichtet, die Folgen seiner unsinnigen Wirtschaftspolitik lediglich auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Arbeitslosigkeit, Kälte und Not bedrohen daher in Deutschland ein Heer von Arbeitslosen. In dieser Situation ist verdoppelte Wachsamkeit und erhöhte Schlagkraft der freien Gewerkschaften erforderlich, um die Angriffe des Unternehmertums auf Tarifrecht, Arbeitszeit und soziale Sicherung der Arbeiter abzuwehren. Die organisierte Arbeiterschaft muß daher neben angemessener Bezahlung der im Produktionsprozeß Tätigen unter allen Umständen ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen und Kurzarbeiter erkämpfen, um die industrielle Reservearmee nicht zu einem gefügigen Werkzeug in der Hand eines erbarmungslosen Unternehmertums werden zu lassen. Bei diesen schweren Kämpfen ist die tätige Mitarbeit der Betriebsräte von ausschlaggebender Bedeutung. Die heute im „Volkspark" versammelten Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre fordern daher die Spitzenorganisationen auf, rücksichtslos den Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft weiterzuführen. Die Versammlung fordert jedoch ferner von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, ihren einzigen wirtschaftlichen Schutz, nämlich die freien Gewerkschaften, zu stärken, jeden noch Abseitsstehenden zum Beitritt zu bewegen, überall die Wahl freigewerkschaftlicher Betriebsräte vorzubereiten und durchzuführen und auf dieser Grundlage den hallischen Wirtschaftsbezirk wieder zu einem unerschütterlichen Bollwerk der organisierten Arbeiterschaft zu gestalten."

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Mit einem heiteren Augenzwinkern werden die SPD.-Metallarbeiter den Geschäftsbericht in der gestern stattgefundenen Generalversammlung würdigen. Die Erfahrungen, die sie im vergangenen Geschäftsjahr machten, wurden erneut bestätigt. Die sich oppositionell nennende Ortsverwaltung schließt sich in ihrer praktischen Tätigkeit immer mehr dem Wirken der Bezirksleitung unter dem viel geschmähten Kollegen Rößler an und bekennt sich jetzt zu einer gesunden Politik. Die Versammlung fordert jedoch ferner von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, ihren einzigen wirtschaftlichen Schutz, nämlich die freien Gewerkschaften, zu stärken, jeden noch Abseitsstehenden zum Beitritt zu bewegen, überall die Wahl freigewerkschaftlicher Betriebsräte vorzubereiten und durchzuführen und auf dieser Grundlage den hallischen Wirtschaftsbezirk wieder zu einem unerschütterlichen Bollwerk der organisierten Arbeiterschaft zu gestalten.

Ueber die Versammlung selbst sei kurz folgendes berichtet:

Mit einiger Verspätung eröffnete Lüttich, der 1. Bevollmächtigte, die gutbesuchte Versammlung und ging sofort dazu über, den Jahresbericht zu geben. Er hob hervor, daß gleich nach der Präsidentenwahl die Beitrebungen der Unternehmer auf Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit und Herabdrückung des Lohnes einsetzten. Er mußte aber feststellen, daß es trotzdem gelang, und zwar durch die sonst grundsätzlich von der Opposition abgelehnten Schlichtungsausschüsse, den Lohn zu steigern. Bei den Nacharbeitern von 58 Pf. für die Stunde am Jahresanfang auf 60 Pf. bis zum Oktober 1925, die anderen Gruppen in entsprechendem Verhältnis. Die Zunahme von 1002 Mitgliedern beweise, daß die antigewerkschaftliche Stimmung unter den hallischen Arbeitern im Schwinden begriffen sei.

Die Aussprache eröffnete Täumel (SPD.). Er erkannte die besonnene Haltung der hallischen Ortsverwaltung an, die sich bei den Arbeitsstreitigkeiten stets an die Seite der Bezirksleitung gestellt habe und ebenso wie die Kollegen der anderen Zahlstellen den Schiedssprüchen zustimmte, wenn die Differenz zwischen den gemeinsam aufgestellten Forderungen und dem Resultat der Schiedssprüche auch groß war. Das kommende Jahr werde wohl schwerlich die gleiche ruhige und systematische Organisationsarbeit ermöglichen. Er hoffe aber, daß aus der im letzten Jahre sich bemerkbar machenden praktischen Uebereinstimmung sich in nicht allzu langer Zeit auch eine einheitliche geistige Einstellung entwickele; die sei jetzt noch nicht vorhanden, und deshalb würden die SPD.-Arbeiter eine eigene Liste zur Ortsverwaltung aufstellen.

Der nächstfolgende Redner, ein Kommunist, brachte jetzt den parteipolitischen Einschlag in die Versammlung. Er unterbreitete eine längere Entschließung, die er zur Annahme empfahl. Ihm antwortete in sehr guter Weise Schnerchendorf (SPD.), der den großen Widerspruch zwischen dem Bericht Lüttichs über die Tätigkeit der Ortsverwaltung und dem Inhalt dieser Diskussionsrede und der Resolution hervorhob. In Wirklichkeit bedeute sie eigentlich ein Mißtrauensvotum für die Ortsverwaltung, die ihre praktischen Maßnahmen bei Streitigkeiten mit den Unternehmern stets auf eine zu erstrebende Verständigung eingestellt habe.

Japp (KPD.) wunderte sich, daß die SPD.-Kollegen eine eigene Liste aufstellen, trotzdem sie die praktische Arbeit der Ortsleitung anerkannten. Er gab dann ungewollt aber gleich selbst die Begründung für diesen Schritt, da er sich gegen die vom Gewerkschaftskongreß erstrebte Wirtschaftsdemokratie wendete. (Die Wirtschaftsdiktatur haben wir jetzt. — D. B.)

Noch manche Einzelheiten nicht ohne Bedeutung wurden in der Aussprache angeschnitten. Durch Schluß der Diskussion wurde dem Bezirksleiter, Kollegen Rößler, das Wort abgeschnitten, der über die Einstellung des Hauptvorstandes zu Rußlandbeziehungen und zur russischen Metallarbeitergewerkschaft Ausführungen machen wollte.

In seinem Schlußwort begründete Lüttich die reformistische Haltung der Ortsverwaltung damit, daß die Opposition noch zu schwach sei, um eine Aenderung herbeizuführen.

Unter erheblicher Unruhe ging dann der Wahlakt vor sich, der für die SPD.-Liste 181 Stimmen, für die KPD. 779 ergab. Der Saal leerte sich nun bald, trotzdem der Kollege Gröbel noch über die Lohnverhandlungen mit den Unternehmern berichtete, die zu einer Verständigung über das vorläufige Weiterlaufen der seit Oktober 1925 geltenden Lohntafel mit 14tägiger Kündigungsfrist führten.

Der Eisenbahnerschiedsspruch für verbindlich erklärt

Der Reichsarbeitsminister hat am Sonnabend den im Lohnkonflikt zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Tarifkontrahenten gefällten Schiedsspruch vom 29. Dezember für verbindlich erklärt. Die der Verbindlichkeitserklärung vorausgehenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium führten infolge der Haltung der Reichsbahngesellschaft zu keinem Ergebnis. Die Reichsbahnvertreter forderten Vertagung der Verhandlungen bis Ende Januar. Die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften protestierten dagegen. Für eine weitere Verschiebung der Entscheidung bestand keine Rechtsgrundlage. Diese Tatsache und der Umstand, daß kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen die Ablehnung oder Verschleppung der Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches mit so bescheidenen Zugeständnissen an die Eisenbahnarbeiter verstanden hätte, hat den Reichsarbeitsminister bewogen, dem grausamen Spiel ein Ende zu machen.

Ein Reichstarifvertrag für Versicherungsangestellte.

Am Sonnabend wurde auf Grund der Schiedssprüche vom 19. Dezember 1925 der zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen und dem Zentralverband der Angestellten usw. zustande gekommene Reichstarifvertrag von sämtlichen Vertragsparteien unterzeichnet. Dieser Reichstarifvertrag regelt die ideellen Arbeitsbedingungen der Versicherungsangestellten bis zum 31. März 1927, die Gehälter bis zum 30. Juni 1926. (Der Reichstarifvertrag ist bei sämtlichen Geschäftsstellen des ZdA. zu beziehen.)

Der ADGB. zur Fürstenabfindung.

Aus dem Bureau des Bundesvorstandes des ADGB. wird uns geschrieben: In den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder wird die Frage der Fürstenabfindung eifrig erörtert. Der Bundesvorstand würdigt durchaus die starke Erregung, die noch verschärft wird durch den Umstand, daß Millionen Arbeitslose und Kriegsopfer unter den Folgen dieser von uns bekämpften Fürstenpolitik in Not und Elend ihr Dasein fristen. Der Bundesvorstand ist daher seit dem Auftauchen der Fürstenforderungen bemüht, mit den auf dem gleichen Boden stehenden parlamentarischen Vertretungen die geplante Auspowerung des Staates und des Volkes zu verhindern. Die Abwehr ist eine politische Angelegenheit und deshalb zunächst von den politischen Parteien zur Entscheidung zu bringen. Erst wenn die Entscheidung des Reichstags vorliegt, kann der Bundesvorstand zu der neuen Situation Stellung nehmen.

Die christlichen Gewerkschaften zur Affäre Behrens-Meyer.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat sich veranlaßt gesehen, zwecks Untersuchung gegen die beteiligten Abgeordneten Behrens und Meyer diese beiden Persönlichkeiten ihrer Aemter im Zentralverband der Landarbeiter vorläufig zu entbehren. Bis zur restlosen Klarstellung sollen zwei Bevollmächtigte des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die Aufsicht im Landarbeiterverband übernehmen. Man darf auf das Ergebnis der Untersuchung gespannt sein. Vorläufig nehmen die christlichen Gewerkschaften außerordentlich für ihre kompromittierten Mitglieder Partei — und damit auch für die Unterstützung des Fememörders Oberleutnant Schulz —, indem sie dem Polizeipräsidenten unterstellen, er habe die Ergebnisse seiner Untersuchung aus parteipolitischen Gründen veröffentlicht. Im Lager der Arbeitgeberverbände dürfte über diese voreilige Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften einhellige Freude herrschen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin hat sich in der vergangenen Woche um 18 000 auf 180 000 erhöht. Damit ist jeder 21. Berliner Einwohner erwerbslos; jeder 32. Bewohner bezieht Erwerbslosenunterstützung. Auch in der abgelaufenen Woche wurden noch zahlreiche Betriebe geschlossen oder führten Kurzarbeit ein. In der Metallindustrie wurden nicht weniger als 4000 Personen arbeitslos.

Streik und Aussperrung in einer französischen Automobilfabrik. Die bekannte französische Automobilfabrik Citroen, bei der am Sonnabend 500 Monteure wegen Lohndifferenzen die Arbeit niederlegten, hat nicht nur die Streikenden entlassen, sondern auch die Belegschaft mehrerer anderer Betriebe in der Gesamtzahl von etwa 18 000 ausgesperrt. Die Direktion begründet diese drastische Maßnahme damit, daß sie durch den Streik der Monteure gezwungen sei, bis zur Einstellung neuen Personals die Arbeit ruhen zu lassen. Die auf diese Weise ausgesperrte Arbeiterschaft wird sich aller Voraussicht nach mit den 500 entlassenen Monteuren solidarisch erklären und die Wiederaufnahme der Arbeit von ihrer Wiedereinstellung abhängig machen.

Stürmische Beamtendemonstration in Paris. Bei einer am Sonntagnachmittag in Paris stattgefundenen Demonstration von 4000 Beamten kam es auf dem Place de Concorde zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei einige Verletzungen vorkamen.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: Fr. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0007

Sport und Spiel

Fortuna I über Delitzsch siegreich.

Um die Kreismeisterschaft.

Fortuna I — Delitzsch I 4:1 (2:1)

Dieses Spiel wurde bei einer Schneedecke, die ziemlich hoch war, gestern auf dem Stadion in Halle ausgetragen. 2.20 Uhr wurde das Spiel von dem Schiedsrichter aus Schönebeck angepfiffen. Delitzsch hatte Anstoß, welcher entbunden wurde, Delitzsch bekam aber sofort den Ball wieder und ging in der 4. Minute zum ersten Tore durch. 10 Minuten nachher glich Dölau durch einen Strafstoß aus. Beide Mannschaften gingen auf den Sieg; die Verteidigung beiderseits stärkte sicher. Das Tempo hielt flott und es wurden sichere Sachen ausgelassen. In der 35. Minute wurde von Dölau ein Elf-Meter glatt verwandelt; dann ging es mit 2:1 ohne Pause weiter. Fortuna konnte das Resultat in der 60. Minute auf 3:1 und in der 70. Minute auf 4—1 bringen. Delitzsch ging hierauf aus sich heraus und drückte mächtig nach Dölaus Tor, ein Elf-Meter für Delitzsch wurde aber über die Latte geschossen. Das Spiel wogte noch einige Zeit hin und her, bis der Schlußpfiff ertönte. Eckenverhältnis (5:5). Bz

2. Kreis, 6. Bezirk: Mitteldeutsche Spielvereinigung.

Fußball-Resultate vom 17. Januar:

Infolge Austragung des Kreismeisterschaftsspieles in Halle waren nur wenige Spiele abgeschlossen worden. So spielte

Fortuna II—ASC. II 8:3.

Ein ziemlich hohes Resultat.

Fortuna III—ASC. III

holte nur ein Unentschieden mit 2:2 heraus. — Wörmlitz-Jgd. hatte Fichte-Jgd. I (Halle) zu Gaste und konnte diese mit 4:3 besiegen. Ebenso unterlag Fichte-Jgd. II gegen Minerva-Jgd. mit 3:2.

*

Sportbrüder I—Pfl. 88 I (Naumburg) 3:3.

Sportbrüder I weilte in Naumburg beim Pfl. 88 I und spielte 3:3. 1½2 Uhr pfiff der Schiedsrichter das Spiel auf dem starkverschneiten Platze vor einer zahlreichen Zuschauermenge an. In den ersten Minuten befuchten die beiderseitigen Stürmereihen die gegnerischen Tore, doch alles wurde die sichere Beute der guten Torwärter. In der 10. Minute konnte der rechte Läufer Halles durch einen blendenden scharfen Schuß das erste Tor erzielen. In der 14. Minute stellte der Mittelstürmer durch gutes Durchspielen das Resultat auf 2:0. Kurz darauf schoß der Linksaußen von Naumburg scharf ein. Halbzeit 2:1 für Halle. Nach Seitenwechsel holte der Halblinke Halles durch hohen Ball Nr. 3. Naumburg stellte jetzt um, was sich auch bewährte. Der Halbrechte von Naumburg konnte in kurzen Abständen durch scharfe Schüsse das Resultat auf 3:3 stellen. Bei diesem Resultat ertönte kurz darauf der Schlußpfiff. Das Resultat entsprickt ganz dem Spielverlauf. Beide Mannschaften ließen infolge hohen Schnees gute Torgelegenheiten aus. Durch Sportbrüder war der 6. Bezirk im 2. Kreis würdig vertreten. Bz.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball.

Sportler:

Ammendorf und „Frisch auf" (Rietleben) teilten sich die Punkte, indem sie 2—2 spielten. — Fichte I (Halle) schlug erwartungsgemäß ASC. I mit 7—0. — Die Schwimmer traten gegen Sportlust nicht an. Haben die Wasserleute vielleicht Angst vor dem Schnee?

Wörmlitz I — Achilles I 4:2.
Wörmlitz II — Diemitz I 3:0.

*

Fichte II — ASC. II 3:0 (1:0).

Der Schiedsrichter von Dölau gab 2.15 Uhr den Ball frei. Sofort nach Anwurf entspann sich ein flottes Spiel. Auf und ab ging es. In der 25. Minute konnte F durch den Linken das erstemal einsenden. Kurz darauf Halbzeit. Nach Seitenwechsel machte sich eine Ueberlegenheit bei F. bemerkbar. Mit viel Glück hält ASC. ihr Tor rein. F. konnte aber trotzdem noch zweimal erfolgreich sein. Der Schiedsrichter war gut.

*

Sportlerinnen:

Fichte — ASC. 2:0 (2.0).

Trotz des hohen Schnees trugen obige Mannschaften ihr fälliges Serienspiel aus. In der 11. Minute war es F. veranlaßt, durch schönen Wurf die Führung zu übernehmen. Bereits drei Minuten später konnte F. zum zweitenmale erfolgreich sein. An diesem Reiz tat vermochte ASC. bis Halbzeit nichts zu ändern. Nach Wiederbeginn setzte ASC. alles daran, um ebenfalls siegreich zu sein. Beide Mannschaften unternahmen wiederholt schöne Durchbrüche, die aber jedesmal durch moralehaltes Wurfvermögen in nichts verliefen. Mit 2:0 konnte F. als Sieger den Platz verlassen.

*

Sportlust — Kröllwitz 0:0. Bz.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle.

Spiele am Sonntag, dem 24. Januar.

Im Volkspark (Halle): Gruppe IV. Lieskau, Neumark von 8—12 Uhr vormittags; Teutschenthal, Ennewitz von 12—4 Uhr nachmittags; Dölau, Lettin von 4—9 Uhr nachmittags. Gruppe V. In Passendorf: Freie Neune, Halle Süd von 8—12 Uhr vormittags; Unter Uns, Schkeuditz von 12—4 Uhr nachmittags; Freie Kegelbrüder, Brüderlichkeit, Junamannschaft von 4—10 Uhr nachmittags. — Am 10. Januar fand das Rückspiel Fidele Brüder (Passendorf gegen Einigkeit (Grotsch) statt. Es erzielten Passendorf 1224 Punkte, Grotsch 1259,9 Punkte, ein Plus für Grotsch von 31,9 Punkte. Am 11. Januar schob unser Jugendkegler Walter Göbe vom Jugendklub „Bahn frei" auf 50 Kugeln den Bahnrekord mit 210 Holz. J. A.: Hermann Laue.

Berichterstatter-Zentrale.

In der am Sonntag, dem 17. Januar, im „Volkspark" stattgefundenen Berichterstatterfitzung waren 17 Vereinsvertreter vertreten. Der Obmann, Genosse Papst, eröffnete die Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Anwesenheitsliste, 2. Eingänge und Anträge, 3. Bericht des Obmanns über die Tätigkeit der Zentrale in den Monaten November und Dezember, 4. Wahl eines Stellvertreters des Obmanns, 5. Wahl eines Schriftführers, 6. Verschiedenes. Eingänge lagen von Sportbrüder 1925, Diemitz und Zörbig vor. „Alle diese Eingänge wurden einstimmig gutgeheißen. Sportgenosse Oertel (Schwimmer) führte in einem Antrage an, sämtliche fehlende Berichterstatter mit 1 Mk. Strafe zu belegen. Der Antrag wurde mit 16 Stimmen gegen eine Stimme (Oertel) abgelehnt. Zu Punkt 3 gab der Obmann einen längeren Bericht über die Tätigkeit der Zentrale. Am Schluß seiner Ausführungen gab er noch bekannt, daß der Film „Die neue Großmacht" für die Presse vorgeführt wird, wozu auch die Berichterstatter freien Zutritt haben. Punkt 4 konnte nicht erledigt werden, da der in Betracht kommende Sportgenosse erkrankt ist. Punkt 5 fand seine Erledigung, indem Sportgenosse Friedemann (Viktoria) einstimmig als Schriftführer gewählt wurde. Unter Verschiedenes gab es eine rege Aussprache. Die am 14. März in Magdeburg tagende Landeskonferenz der Kartelle soll vom Obmann besucht werden. Sportgenosse Runge (Bruckdorf) hat, die ländlichen Vereine von der Zentrale etwas mehr zu unterstützen. Sportgenosse Papst ersuchte nochmals, sämtliche Resultate am Sonntagabend nach dem „Volkspark" oder bis Montag abend an die Adresse des Obmanns zu richten. Martins (Wörmlitz) führte an, daß der größte Teil der Arbeiterschaft die Kinos besuchen, wo doch nur noch verkappte militärische Filme vorgeführt werden. Die Schuld liegt aber meistens nur daran, daß sie die bürgerliche Presse lesen. Oertel (Schwimmer) betonte, daß in den Vereinen dahin gewirkt werden müßte, daß sämtliche Mitglieder nur die Arbeiterpresse lesen. Richter (Fortuna) kritisierte die einseitige Haltung von verschiedenen Sportberichten. Das wird in Zukunft durch Streichung dieser Zeilen durch die Zentrale vermieden werden. Der Obmann gab bekannt, daß nach Schluß der nächsten Sitzung sämtliche Berichterstatter die Druckerei des „Volksblatt" besichtigen werden. Alle Anwesenden begrüßten diesen Plan. Fdm.

Arbeiter-Sportkartell Halle (s. V.).

Die **Jahres-Hauptversammlung** findet am Dienstag, dem 19. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Das Erscheinen jedes Vereins ist Pflicht. Tagesordnung: 1. Jahresberichte, 2. Neuwahlen, 3. Filmangelegenheit 28. und 29. Januar, 4. Verschiedenes. — Folgende Vereine wollen sofort ihren Fragenbogen einsenden: Achilles, Adler, Atlas, Minerva, Kröllwitz, Trotha, Fichte, Schachverein, Esperanto, Naturfreunde, Kegler. Alle Delegierten haben am Dienstag ein Mitgliedsverzeichnis ihres Vereins und ihr Mandat mitzubringen, da sonst kein Stimmrecht gewährt wird.

Bezirkstag der Wassersportler des 8. Bezirks.

Am Sonntag, dem 17. Januar, fand in Wittenberg der Bezirkstag der Wassersportler des 8. Bezirks statt. Anwesend waren Klein-Wittenberg, Elster, Wolfen und Wittenberg; es fehlte Delitzsch. Als Vertreter der Kreisjugendleitung war erschienen Gen. W. Thamm (Wettin). Die Jahresberichte waren ausführlich und lauteten für die Bewegung günstig. Hervorzuheben ist der Mitgliederzugang. Eine Diskussion fand nicht statt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung gab Gen W. Thamm (Wettin) einen ausführlichen Bericht über die Situation im Kreise und unsere nächsten Aufgaben. Die Neuwahlen ergaben folgendes Ergebnis: Sportgenleiter und Schwimmwart Herbert Marquardt (Kl.-Wittenberg), Wasserfahrwart Gen. W. Köppe (Wittenberg), Kassierer Gen. Winkler (Kl.-Wittenberg) Wasserballobmann Gen. Lehmann, (Wittenberg), Revisoren Gen. Otto (Wittenberg) und Gen. Schubert (Pesterwitz). Als Schwimmfestterminе wurden festgelegt: 9. Mai: Wolfen, 20. Juni: Wittenberg 4. Juli: Bezirksschwimmfest in Elster. Folgender Antrag wurde angenommen: Jeder Verein ist verpflichtet, die Bezirksvereine zu besuchen andernfalls Startverbot. Der Spartenbeitrag bleibt in der alten Höhe bestehen. An den Bundesvorstand wurde ein Antrag auf Stellungnahme zur Fürstenabfindung gerichtet.

4. Kreis, 1. Bezirk. Turnsparte.

Turnwarte und Vorturner!

Sonntag, den 24 Januar, vormittags ½9 Uhr, Hauptversammlung im „Volkshaus" (Leipzig) Zeitzer Straße. Tagesordnung: 1. Arbeitersport im Dienste des Sozialismus Referent Genosse Herre. 2. Berichte. 3. Anträge. 4. Bezirks- und Kreisfest. 5. Neuwahlen. 6 Allgemeines. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht, jeder Verein muß vertreten sein. Der Turnausschuß. J. A.: Otto Friedrich.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".

Aus Karlsruhe wird dem SPD.-Dienst geschrieben: Mit den Vorarbeiten zum Bundestag des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität", der vom 17. bis 21. Juli im „Friedrichshof" in Karlsruhe stattfindet, ist bereits begonnen worden. Die Roten Radler Karlsruhes werden alles aufbieten, um die Bundesbrüder von Königsberg bis Konstanz, von Wien, von Antwerpen, von Prag bis Brüssel in der Hauptstadt Südwestdeutschlands zu empfangen. Nicht nur die Arbeiter-Sportler, auch die Arbeiter-Sänger und die Partei- und Gewerkschaftsgenossen werden alles aufbieten, um dem Bundestage ein Gepräge zu verleihen, wie er es angesichts seiner Bedeutung verdient. Ist doch der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" der größte Radfahrerbund der Welt überhaupt. Der Bundestag wird hoffentlich dazu beitragen, daß sich die gesamte radfahrende Arbeiterschaft in seinen Reihen zusammenschließt. Leider ist es vielen Arbeitern noch nicht bekannt, daß der Arbeiter-Radfahrerbund für sieben Pfennig in der Woche bei einem Radunfall 2 Mk. tägliche Unterstützung gewährt, ferner Sterbegeld und Rechtsschutz. Mit 1 Mk. Jahresbeitrag ist eine Haftpflichtversicherung für Personen- und Sachschaden und Raddiebstahl-Versicherung verbunden. Es liegt also schon allein im persönlichen Interesse jedes radfahrenden Arbeiters, Mitglied des Bundes zu sein.

Das Gesicht des bürgerlichen Sports.

Nach einer Meldung der bürgerlichen „Eilenburger Neuesten Nachrichten" aus Leipzig hat ein Mitglied des Leipziger Sportklubs Wacker, namens Ludwig, dem als tüchtig bekannten Torschützen und Stürmer der Leipziger Sportfreunde Klepsch 20 Mk. gegeben mit dem Ansinnen, in dem Spiel gegen seinen Verein „keine Tore zu schießen". Wenn Wacker den Sieg erringen sollte, versprach er Klepsch eine weitere Zahlung von 30 Mk. Klepsch ging auf das Ansinnen jedoch nicht ein, sondern meldete den Vorfall. Wie sich später herausstellte, hat Ludwig derartige Angebote auch an andere Spieler des Gegners gemacht. — Aus diesem Vorgang, der sicherlich nicht vereinzelt dasteht, geht deutlich hervor, worauf es dem bürgerlichen Sport ankommt: Rekordjägerei, Vereinsehrgeiz und das nötige Geld! - Leibesübungen Nebensache.

Aus dem Reiche.

Kreismeisterschaftsspiele im Freistaat Sachsen: Konkordia (Chemnitz) gegen Sportverein 1910 (Dresden) 0:6. Falk (Meißeldorf)—Löbau 12:1. — Gesellschaftsspiele in Leipzig: Kleinzschocher—Baunsdorf 12:2. Reumanna—Wahren 2:6. Viktoria 1916—Sachsen (Gautzsch) 5:5. Plagwitz—Schkeuditz 4:0. Sportklub Ost—Viktoria 1912 6:3. Schönfeld-Vorwärts 8:1.

Mannheim. Resultat des Meisterschaftsspiels: Neuhofen gegen Ketsch 2:2.

Gera-West — Fußballvereinigung Untermhaus 11:1. Fußballvereinigung Untermhaus—Rönneburg 6:8.

Internationaler Arbeitersport.

Aus Helsingfors wird der JAK. berichtet, daß die finnischen Sportgenossen im Juni dieses Jahres eine mehrwöchige Rundreise einer Gruppe ausländischer Sportgenossen (4 bis 6 Personen) planen. Der Genosse Wagner und die Gen. Dittmar (Deutschland), sowie der norwegische Läufer Hansen haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. — Der Wintersport in Finnland ist in diesem Jahre sehr lebhaft, da die Schneeverhältnisse außerordentlich günstig sind. Seit Dezember liegt andauernd tiefer Schnee, der die Ausübung des Skisports in selten gekannten Ausmaßen erlaubt. — Der Gesamtvorstand des finnischen Arbeitersportbundes lernt Esperanto. — Bei einer Ende Dezember in Moskau im Anschluß an den Stern-Skilauf veranstalteten Feier wurde ein Film der bürgerlichen Pariser Olympiade gezeigt. (Hoffentlich zeigt man nun in Sowjetrußland auch den Film der Frankfurter Arbeiter-Olympiade!).

Fußball Rußland gegen Elsaß 6:3 (5:2).

Am vergangenen Sonntag weilte die Moskauer Mannschaft in Straßburg-Schiltigheim, um gegen die Schiltigheimer Mannschaft ein Spiel auszutragen. Die Russen gingen gleich nach Spielbeginn in Führung und blieben mit 6:3 Sieger. Gegen 3000 Personen hatten sich zu dem Spiel eingefunden. JAK.

Hochdetrieb in St. Andreasberg.

Volkssport im wahren Sinne des Wortes ist die weiße Kunst geworden. Aus allen Schichten der Bevölkerung eilten gestern die Menschen an die schneebedeckten Hänge der Berge. Von Halle trug ein vollbesetzter Sonderzug etwa 800 Menschen nach dem Sportgebiet von St. Andreasberg. Auch von anderen Richtungen trafen Sonderzüge ein so daß dort bald die Quartiere überfüllt waren. Neben den aufgeputzten Modesportlern bevölkerten Hang und Stunge eine große Zahl wirkliche Sportler, denen auch der Schneeschuhlauf nicht Selbstzweck ist. Die auf der neuen Schanze am Schützenhaus veranstalteten Sprünge zeuten den zahlreichen Zuschauern nur mäßige Leistungen. Der höchste Sprung war 25 Meter. Hier entstehe die Frage, ob diese Sprungvorführungen überhaupt notwendig sind. Auf der Rückfahrt waren die meisten Abteile der Bahn derartig von Rauch und Qualm gefüllt, daß die günstige Wirkung der herrlichen Bergluft des Harzes sofort wieder aufgehoben wurde. Wie wäre es, wenn die Sport-Sonderzüge nur Nichtraucherabteile führen würden? Oe.

Vereinsmitteilungen.

Athletik-Vereinigung „Germania-Zellenfest". Jeden Dienstag und Freitag von 7—10 Uhr abends: Uebungsstunden in der Turnhalle der Charlottenschule im Ringen, Gewichtheben, Boxen und Akrobatik unter Leitung erfahrener Trainer. Anmeldungen von jungen Leuten, welche Interesse an der Schwerathletik haben, werden in den Uebungsstunden angenommen. Für unsere Jugendabteilung werden ebenfalls Anmeldungen entgegengenommen.

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Montag, den 18. Januar, abends ½8 Uhr, im Heim Weidenplan: Sitzung des engeren Vorstandes.

„Rüstig-Vorwärts", Bruckdorf. In der Generalversammlung am 30. Januar wurden folgende Sportgenossen in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Otto Runge (Bruckdorf) Hallesche Straße 6, 1. Schriftführer Walter Mehlhoie (Bruckdorf) Beerstraße 3, 1. Kassierer Otto Hoffmann (Canena). Spielleiter Otto Exert (Bruckdorf) Hallesche Straße 3. Vereinslokal ist „Gasthaus zum Reudetal" Besitzer Rost. (Tel. Ammendorf 124). Zuschriften sind an den Sportg. Mehlhoie zu richten.

Phot. Thomas, Beckickstraße 1.

Handball.

ASC.-Sportlerinnen gegen Sportlust-Sportlerinnen (schwarze Hose) 1 0.

Am 10. Januar 1926 auf dem Sportlustplatz in Halle.

Die Verteidigung von ASC. verfehlt eine Flanke, doch Sportlust-Sturm versteht die gute Torgelegenheit nicht auszunutzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260118-14/fragment/page=0008